

Der **Zimmerer**

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnabtd. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu beziehb. durch alle Postanstalten • Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68
 Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St. • Anzeigen aus den Zahlstellen die viergespaltene Petitzeile 50 Pf.

Das Attentat auf die Bauarbeiterlöhne

Wenn unsere Leser die vorliegende Nummer des „Zimmerer“ zur Hand nehmen, werden sie bereits auf andern Wege Kenntnis erhalten haben von den lohnpolitischen Ungeheuerlichkeiten, die sich die amtlichen Schlichtungsinstanzen gegenüber den baugewerblichen Arbeitern erlaubten. In der Geschichte wird man vergebens nach einem Beispiel suchen, wo mit einer solchen Rücksichtslosigkeit, mit einer — man entschuldige das Wort — an lohnpolitischen Sadismus grenzenden Methode versucht wird, die Existenzgrundlagen von rund 2 Millionen Bauarbeitern auf ein menschenunwürdiges Niveau herabzudrücken. Ein Attentat nach dem andern wird auf die Arbeiterschaft des Baugewerbes verübt. Im Jahre 1929 plante man bereits sozialpolitische Sondermaßnahmen gegen die Bauarbeiter. Wir haben erleben müssen, daß die baugewerblichen Arbeiter sehr bald, vor allem in der Arbeitslosenversicherung, zu Arbeitern minderen Rechts gestempelt wurden. Diesem ersten Angriff folgten sehr bald neue Ungerechtigkeiten. Ihren Höhepunkt erreichte der Kampf gegen die Bauarbeiter in den Jahren 1930 und 1931. Das Finanzprogramm der Regierung Brüning vom Oktober 1930 reduzierte die seither für Bauzwecke zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel mit einem Schlage um rund 400 Millionen Mark. Im Jahre 1931 legte die Reichsregierung in der ersten Notverordnung fest, daß dem Baugewerbe nur noch 200 Millionen Mark an öffentlichen Mitteln für Wohnbauzwecke zur Verfügung ständen. Darüber hinaus wurde beschlossen, daß die Ausführung aller öffentlichen und behördlichen Bauten bis zum Jahre 1934 unterbleiben müssen. Dieser Beschluß in Verbindung mit weiteren Einsparungsmaßnahmen, die in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 zum Ausdruck kamen, legten das Baugewerbe vollkommen still.

Nachdem die Regierung die Finanzierungsgrundlagen des Wohnungsbaues zerstört und die öffentliche und behördliche Bautätigkeit bis zum Jahre 1934 unmöglich gemacht hat, versuchte man mit allem Nachdruck, das Lohnniveau der baugewerblichen Arbeiter zu senken. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat bereits im Oktober 1930, wenige Tage nach seinem Amtsantritt, vor Pressevertretern in der Frage des Finanzprogramms die Irrgartenlehre der amtlichen Lohnpolitik verkündet. Wie sich die Reichsregierung und der zuständige Ressortminister den Ausweg aus dem Irrgarten der amtlichen Lohnpolitik vorstellen, haben wir bereits erfahren. Vom Oeynhausener Schiedsspruch im Oktober 1930 bis zu den Entscheidungen der amtlichen Schlichter im Baugewerbe im Mai 1932

führt ein gerader Weg. Er führt allerdings nicht aus dem Irrgarten, wie Dr. Stegerwald im Oktober 1930 gemeint hat, sondern in ein auswegloses Labyrinth. Am Ende dieses Weges steht die Katastrophe!

Im März 1931 begann die amtliche Lohnabbauoffensive im Baugewerbe fühlbar zu werden. Das vom Reichsarbeitsminister im März 1931 eingesetzte Schlichterkollegium hat den Wünschen der Unternehmer und den amtlichen Stellen insofern Rechnung getragen, als sie den Lohn der baugewerblichen Arbeiter im Durchschnitt um 9,3 % senkten. Diese amtliche Lohnsenkung war den Unternehmern völlig ungenügend. Diese Kreise wollten die ungünstige wirtschaftliche Lage des Baugewerbes ausnutzen, um das Lohnniveau der baugewerblichen Arbeiter noch erheblich herabzudrücken. In der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bot sich dazu eine weitere Gelegenheit. Der Lohn wurde im Reichsdurchschnitt für die baugewerblichen Arbeiter um weitere 9,6 % gesenkt. Immer wieder hoffte man davon eine Belebung des Baumarktes. Trotz dieser Lohnsenkung von insgesamt 18,9 % schrumpfte die an sich vorhandene geringe Bautätigkeit noch mehr ein. Nunmehr ist der dritte Schlag gegen die Bauarbeiter erfolgt. Die vom Reichsarbeitsminister ernannten amtlichen Schlichter haben das Lohnniveau, soweit es sich heute übersehen läßt, im Durchschnitt um weitere 12 bis 20 % gesenkt. Innerhalb Jahresfrist ist das Lohnniveau der baugewerblichen Facharbeiter um rund 31 bis 40 % gesenkt worden. Die katastrophalen Auswirkungen dieser Lohnkürzungen haben sich weiter verhängnisvoll für die Gesamtwirtschaft ausgewirkt. Die Schwächung der Kaufkraft hat zur Folge, daß die Produktion weiter eingeschränkt werden muß. Es ist der ewige Kreislauf, aus dem es kein Entrinnen gibt, wenn nicht das Steuer schleunigst herumgeworfen wird. Dazu verspüren die amtlichen Stellen heute jedoch durchaus keine Neigung. Die Arbeiterschaft wird sich selbst helfen müssen!

Der Situation entsprechend, werden wir unsere künftige Taktik einzustellen haben. Das gesamte Unternehmertum ist tarifvertragsfeindlich geworden. Von Tarifvertragsstreue und Vertragspolitik auf weite Sicht finden wir keine Spur. Wir haben uns nunmehr überzeugen müssen, daß die Unternehmerverbände im Baugewerbe tarifvertragliche und lohnpolitische Konjunkturpolitik treiben, wie wir es in keinem andern Gewerbe feststellen können. Die Erfahrungen der Vorkriegszeit haben sie vergessen. Die Generation der Unternehmerführer, die heute am Ruder ist, läßt sich von

schnarrenden Syndizis leiten, denen es gleichgültig ist, wie sich die künftige Vertragspolitik im Baugewerbe gestaltet. Unser historisches, durch andauernde Kämpfe geschaffenes Vertragsgebäude wird durch die Taktik der Unternehmerverbände und ihrer andauernden Minierarbeit in Trümmer gelegt. Wir sind überzeugt, daß es unsere Aufgabe sein wird, die Unternehmer künftig wieder vertragsgeneigter zu machen. Gerade die alten Strategen im Unternehmerlager wissen sehr genau, daß die Gewerkschaften des Baugewerbes schon die geeigneten Mittel und Wege finden werden, um den Unternehmern die Grundsätze einer vernünftigen Tarifvertragspolitik beizubringen. Wenn sie in einer Zeit, in der die Bauarbeiter zu 90 % arbeits-

Gewerkschaftsforderungen im Reichstag

In der Reichstagssitzung vom 10. Mai hielt der 2. Vorsitzende des ADGB. eine Rede, die weitestgehende Beachtung verdient. Kollege Graßmann rechnete ab mit den Nazidemagogen und mit den „Wirtschaftsführern“, deren wesentlichen Teil an den furchtbaren Auswirkungen der Wirtschaftskrise der Redner nochmals feststellte. In einfachen und klaren Formulierungen trug Kollege Graßmann die Forderungen der Gewerkschaften vor. Aufmerksam und gespannt lauschte das gesamte Haus den eindrucksvollen Ausführungen des Vertreters der freien Gewerkschaften.

Graßmann polemisierte zunächst gegen die landesverräterischen Äußerungen nationalsozialistischer Parteiführer. Er fuhr dann fort: Herr Bang (deutschsnat.) hat heute alles Uebel auf die Kapitalzerstörung zurückgeführt, nicht aber auf das Kapital selbst. Dabei ist die Geschäftsführung der sogenannten Wirtschaftsführer längst schon als ruinös, auch vom Standpunkt ihrer eigenen Interessen aus gesehen, bekanntgeworden. In der so verarmten und angeblich so bedrückten Wirtschaft sind heute 2½mal soviel Direktoren beschäftigt wie vor dem Kriege. Sie und die Zehntausende Verwaltungsräte erhalten an Bezügen und Tantiemen 1,5 bis 2 Milliarden jährlich, etwa ebensoviel, wie die Dividende für die Aktionäre beträgt. Die etwa 4 Millionen Arbeiter derselben Betriebe erhalten in derselben Zeit nur etwa das Vierfache dessen, was die Verwaltungsräte und Direktoren bekommen haben. Herr Strasser (Nazi) hat heute bestritten, daß es überhaupt Kapitalfehlleitungen gäbe. Wir verstehen darunter die Hereinnahme von Krediten unter Umständen, die oft sehr drückende Schulden für Einrichtungen darstellen, die in kurzer Zeit unrentabel werden. Aus der Fülle dieser Fehlleitungen sind zahlreiche Beispiele bekannt, so die Errichtung einer neuen Schachtanlage durch den Stahltrust Mitte 1931, der für eine Millionen-Tonnen-Förderung eingerichtet war, eine große Kokerei und Stickstofffabrik umfaßt und 90 Millionen gekostet hat, die durch kurzfristige Auslandsanleihen aufgebracht wurden. Zwei

Monate wurde mit Hochdruck Kohle gefördert, um durch den Leistungsnachweis eine entsprechende Quote zu erhalten. Die Kohle wurde nicht verkauft, sondern auf Halde gelegt. Und dann stellte sich heraus, daß die neue Schachtanlage infolge schlechter Ausnutzung zuviel kostet, sie wird stillgelegt! (Hört! hört!) Die Kokerei ist überhaupt nicht ausgenutzt, die Stickstofffabrik arbeitet zu einem Drittel. Ganz gleiche Vorgänge haben sich bei der Gewerkschaft Ewald und bei einer neuen Bembergfabrik ereignet.

Unsere Mitglieder müssen die gegenwärtige Situation verstehen lernen. Auch auf einem außerordentlich ungünstigen Terrain werden die Gewerkschaften ihre Kampfstellung einrichten, um im gegebenen Fall den Klassengegner niederzuringen, wo sich die Gelegenheit hierzu bietet und die Voraussetzungen gegeben sind. Die Unternehmer müssen erkennen, daß ihre gegenwärtige Politik unsere Vergeltung erforderlich macht. Wir werden schon die Klinge mit ihnen zu kreuzen wissen. Nur durch die Methoden unseres Kampfes werden wir die Unternehmer zu ehrlichen Tarifpartnern und zu umsichtigen Lohnpolitikern erziehen können.

Das Institut für Konjunkturforschung berichtet, daß im März 1931 die Zahl der zur Arbeitsstundenkapazität 45,1 % im März dieses Jahres nur noch 34,9 % betragen hat. Es ist also eine ungeheure Vergeudung der Produktionsanlagen erfolgt.

In einem Bericht vom 13. April dieses Jahres sagt das Konjunkturinstitut, daß bis 1931 vor allem die Produktion an Gütern des elastischen Bedarfs gesunken ist, also desjenigen, dem man für einige Zeit ausweichen kann, daß aber seit Mitte 1931 im Gegenteil die Produktion der Güter des starren Bedarfs stärker vom Rückgang erfaßt worden ist. Das ist ein Zeugnis der Schwere der inneren Depression, die durch die fortgesetzten Lohnsenkungen verschärft wurde; sie waren immer von einem Anschwellen der Arbeitslosenziffer begleitet und haben neben all den Drosselungsmaßnahmen der Länder und Gemeinden zu einem Zustand geführt, der eigentlich jeden Deutschen mit Scham erfüllen müßte. Wir sehen heute ein Bettelwesen, wie wir es früher als Charakteristikum des Orients angesehen haben. (Der Redner führt zahlreiche Berichte aus den verschiedensten Teilen des Reiches an, die den grauenhaften Umfang der schlimmsten Not beweisen.) Die Herren der Wirtschaft, die hier gesprochen haben, sagen dazu — nichts. Welch furchtbare Bankrotterklärung! Die Leute, die vor aller Welt als die großen Männer dastanden, sind heute ratlos. Das Ergebnis der fehlerhaften Maßnahmen der sogenannten Wirtschaft ist zunehmende Arbeitslosigkeit, die nicht nur eine moralische und politische, son-

dem auch eine gesellschaftliche Gefahr bedeutet. Wir haben vor einigen Wochen auf dem Krisenkongreß des ADGB, die beschämende Tatsache festgestellt, daß die deutsche Öffentlichkeit gegen die Not der Arbeitslosigkeit so abgestumpft ist, daß die Veröffentlichungen über ihren Stand mit demselben Gleichmut registriert werden, wie etwa die Wetterberichte. (Hört! hört! links.) Herr Strasser hat uns heute ein Heldenepos abgeleiert, wie sich seine Partei die Verminderung der Not denkt, und wie sie sich entschlossen habe, nicht zu warten, bis sie im Besitz der Macht ist, sondern das bis dahin sorgfältig gehütete Geheimnis dessen, was sie tun will, auf dem Altar des Vaterlandes preiszugeben. Da darf ich vielleicht daran erinnern, daß die von Ihnen soviel geschmähten freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie seit länger als zwei Jahren an allen zuständigen Stellen gewirkt, gebohrt, gemahnt und gefordert haben, daß rechtzeitig eingegriffen wird, ehe die Arbeitslosigkeit zu einer solchen Lawine anwächst. Wir haben im Januar 1930 planmäßige Arbeitsbeschaffung gefordert, im Februar 1930 ein Verbot der Ueberstunden und Verkürzung der Arbeitszeit, im Mai 1930 Rationierung der Auftragserteilung, damit nicht weiter Ueberstunden geleistet und die Arbeitslosigkeit der andern vermehrt wird. Im Februar 1931 haben die Spitzengewerkschaften dem Reichsprä-

sidenten gegenüber als dringendste Gegenwartsaufgabe die Wiedereinführung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß und die zusätzliche Arbeitsbeschaffung bezeichnet. Wir haben dieses Programm im Sommer vorigen Jahres auf unserm Kongreß in Frankfurt a. M. erweitert und uns damals für den Plan eingesetzt, den der viel zu früh verstorbene Albert Thomas mit seiner glühenden Energie verfolgt hat, um durch internationales Zusammenwirken Arbeit und Kredite zu beschaffen. Am 13. April dieses Jahres hat unser Krisenkongreß es als besonderen Skandal betrachtet, daß angesichts von mehr als 6 Millionen Arbeitslosen noch immer in gewissen Erwerbszweigen über 48 Stunden gearbeitet und vielfach Ueberstunden gemacht werden.

Ein Volk wie das deutsche, das landwirtschaftliche Ueberschußgebiete verloren hat, würde durch die Autarkie nur seinen eigenen Export noch mehr erschweren, als dies bereits infolge unserer eigenen Zollgesetzgebung von den Ausfuhrländern geschieht. Auf die vage Aussicht hin, daß vielleicht in Jahrzehnten ein von Herrn Strasser vorgeschlagenes Programm durchgeführt wird und gelingt, können wir uns nicht zur Autarkie bekennen. Wir wissen nicht, was uns die nächsten Monate bringen und können uns daher nicht auf so weite Sicht festlegen. Im vergangenen Herbst hat Minister Stegerwald aufgefordert, alle Kräfte zu-

sammenzufassen, um nur einigermaßen über den Winter zu kommen. Da können wir um so weniger phantastischen Projekten nachjagen. Wir dagegen versuchen, unmittelbar wirksame Maßnahmen durchzuführen. Unser Krisenkongreß hat solche Forderungen besonders für die jüngeren Arbeiter aufgestellt, die in verschiedenen Gewerben einen stärkeren Anteil an der Arbeitslosigkeit haben als ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechen würde. Ein guter Teil dieser jungen Leute gehört heute zu der Klientel der Flügelparteien; denn sie reagieren menschlich auf einen im Tiefsten als ungerecht empfundenen Zustand; sie fühlen sich nicht mehr an die menschlichen Gesetze gebunden, da auch ihnen gegenüber das Recht auf Selbsterhaltung vermeintlich nicht gewahrt werde. Sie erwarten von einem Wunder die Rettung. Dieser Zustand ist aber auch eine Gefahr für die künftige industrielle Entwicklung Deutschlands; denn wenn der alte Schlag der hochqualifizierten Arbeiter ausstirbt, wenn diese nichtausgebildeten Jugendlichen an ihre Stelle kommen, dann sieht es schlecht um die Leistungen aus. (Sehr wahr!) Es würde auch, wenn wir die Rationalisierung rückgängig machen könnten, ein guter Teil Arbeitsloser übrig bleiben. Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitsparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte. Der Referentenentwurf des Arbeitsministers ist ungenügend. Wir verlangen die Arbeitszeitverkürzung für alle Erwerbsgruppen, besonders auch für die Metallindustrie, die der Entwurf ausnehmen will. (Lebhafte Zustimmung links.) Würde uns ein unvorhergesehenes Wunder eine Konjunktur wie 1929 schaffen, so würden wir dann die vorhandene Apparatur auch nur zu 75 % ausnutzen können. All denen, die auch dann nicht in Arbeit kommen können, kann und muß durch unerhörte Opfer aller Volksschichten geholfen werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß mit einem Einstellungszwang verbunden sein.

Nach eingehender Darlegung und Begründung der Arbeiterschutzforderungen und des freigewerkschaftlichen Krisenkongresses und der zugleich gemachten Deckungsvorschläge — das Geld wäre nützlicher angewendet, als wenn man es vielleicht für Tumultschäden ausgeben müßte — erklärt sich Graßmann gegen die Arbeitsdienstpflicht. Der freiwillige Arbeitsdienst darf die Bedingungen der

freien Arbeit nicht gefährden und nur als Zusatzarbeit von Jugendlichen eintreten. Herr Strasser hat einen Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei konstruieren wollen. Seine Anbiederung an die freien Gewerkschaften rührt uns nicht, zumal seine Partei uns bisher immer in nicht wiederzugebender Weise beschimpft und verleumdete hat. Hitler hat im Mai 1931 zu Dr. Otto Strasser geäußert, die Arbeiter wollten nur Brot und Spiele. (Widerspruch der Natsoz.) Von der Herrenmoral spricht doch Ihre ganze Literatur, das können Sie doch nicht ableugnen. (Es geschieht doch!) In seinem Buch „Mein Kampf“ nennt Adolf Hitler die freien Gewerkschaften Instrumente des vergifteten Klassenkampfes; er ruft nach dem Drachentöter gegen uns. (Die Nationalsozialisten suchen alle diese Zitate abzuleugnen, ebenso die Richtlinien ihrer Betriebsorganisationszentrale.) Sie haben sich freilich ihre Betriebsorganisation etwas abgewöhnen müssen, als die Eiserne Front kam. Ihre NSBO. geht ähnlich wie die RGO. auf die Zersplitterung der Gewerkschaften aus. Die Richtlinien sagen allerdings auch: „Bedenken gegen uns sind bei den Pg. Arbeitgebern zu zerstreuen.“ (Stürmische Hört!, Hört!-Rufe links.) Durch die Hetze gegen die „Bonzen“ soll nach diesen Richtlinien in den Arbeitern der Neid erweckt und auf diese Weise der Block der Gewerkschaften gesprengt werden.

Wir sind und bleiben Marxisten, weil uns die Lehre von Marx täglich bestätigt, was wir erleben. Den Klassenhaß haben nicht wir geschaffen, er ist aus der Ausbeutung und Rechtslosigkeit des Proletariats erwachsen. Den Klassenkampf werden Sie uns nicht austreiben, damit würden wir ja nur uns selbst, unsere Organisationen aufgeben. Wenn Sie erst in die Lage kommen sollten, ihre Versprechungen erfüllen zu müssen, werden Sie es nicht können und zerfallen. Ihnen ist Ihre so heterogene Partei Selbstzweck. Wir aber, freie Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei, fühlen uns als Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse. Wir fühlen uns als die Organisationen der Arbeiterschaft, die in allen Stürmen ihr die Treue halten, und weder mit Auslöschung noch mit Terror werden Sie uns niederzwingen. Der unerschütterliche Glaube an den Sozialismus, der mit der Brutalität Bismarcks, mit der Zuckerbrotpolitik Wilhelms fertig geworden ist, er wird auch diese Zeit der Stürme überdauern, er wird uns zum Siege führen!

Unsere statistischen Feststellungen

vom 30. April 1932

Am vorerwähnten Tage haben 821 Zahlstellen berichtet und einen Mitgliederbestand (Poliere, Hilfspolier, Gesellen) von 83 370 nachgewiesen und außerdem 3315 Lehrlinge. Arbeitslos waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 69 038 oder 82,8 % und von den Lehrlingen 1178

oder 35,5 %. Krank waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 713 oder 0,9 % und von den Lehrlingen 39 oder 12 %.

Wie groß die Arbeitslosigkeit im Bereich der einzelnen Landesarbeitsämter ist, zeigt nachfolgende Tabelle:

Landesarbeitsämter	Zahlstellen	Es berichteten					
		Mitglieder (ohne Lehrlinge)			Lehrlinge		
		gesamt	davon arbeitslos	in Proz.	gesamt	davon arbeitslos	in Proz.
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Ostpreußen	55	4 024	3 221	80,0	237	69	29,1
2. Schlesien	75	8 827	7 620	86,3	538	233	43,3
3. Brandenburg	105	8 935	7 196	80,5	389	92	23,7
4. Pommern	57	3 456	2 706	78,3	139	21	15,1
5. Nordmark	97	8 906	6 575	73,8	258	42	16,3
6. Niedersachsen	71	5 994	5 083	84,8	196	70	35,7
7. Westfalen	18	2 085	1 910	91,6	53	28	52,8
8. Rheinland	19	2 827	2 521	89,2	52	23	44,2
9. Hessen	26	2 408	2 173	90,2	69	31	44,9
10. Mitteldeutschland	126	10 612	8 886	83,7	587	202	34,4
11. Sachsen	59	16 754	14 248	85,0	498	218	43,8
12. Bayern	78	5 317	4 269	80,3	207	113	54,6
13. Südwestdeutschland	38	2 701	2 170	80,3	60	30	50,0
Deutsches Reich	819	82 846	68 578	82,8	3 283	1 172	35,7
14. Ausland	2	524	460	87,7	32	6	18,8
Insgesamt	821	83 370	69 038	82,8	3 315	1 178	35,5

Der gesamte Mitgliederbestand beträgt, einschließlich der 97 Zahlstellen, die 5044 Mitglieder und außerdem 179 Lehrlinge hatten und nicht berichteten, 918 Zahlstellen mit 88 414 Mitgliedern und

außerdem 3494 Lehrlingen, insgesamt 91 908 Mitglieder.

Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 28. Mai.

Konjunkturstatistik

An der Konjunkturstatistik waren im Monat April 323 Betriebe beteiligt, die 1487 Zimmerer beschäftigten. Das sind 1067 Zimmerer weniger als im April 1931. Die Zahl der Firmen, die keine Zimmerer beschäftigten, beträgt 73. Von den 323 Betrieben, die berichteten, war der Beschäftigungsgrad in 2 Betrieben mit 13 Beschäftigten gut, in 27 Betrieben mit 327 Zimmerern als befriedigend und in 294 Betrieben mit 1147 Zimmerern als schlecht zu bezeichnen. Im

Laufe des letzten Monats sind in 167 Betrieben 606 Zimmerer eingestellt und in 49 Betrieben 151 Zimmerer zur Entlassung gekommen.

Die Konjunkturaussichten für die nächsten 14 Tage wurden im allgemeinen als schlecht bezeichnet.

Aus nachstehender Tabelle ergibt sich, daß die Konjunktur einen sehr geringen Aufstieg verzeichnet. Im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres ist eine wesentliche Verschlechterung eingetreten.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Bewertungsziffer
	gut		befriedigend		schlecht		
	Be-triebe	Be-schäftigte	Be-triebe	Be-schäftigte	Be-triebe	Be-schäftigte	
1931 April	7	125	55	784	270	1 645	3,59
1932 März	2	29	7	93	338	996	3,86
1932 April	2	13	27	327	294	1 147	3,76

Ende April waren von 100 Verbandsmitgliedern 82,8 arbeitslos, 0,9 krank, somit nur 16,3 in Arbeit. Bei den Lehrlingen waren von 100 35,5 ohne Arbeit und 1,2 krank, somit nur 73,3 in Arbeit.

Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit ist 82,8 %. Den höchsten Stand mit 91,6 % zeigt Westfalen, und Nordmark hat mit 73,8 % den niedrigsten Stand.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerbehygiene

Dieses Thema wurde auf einer außerordentlichen Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene am 12. Mai in Berlin behandelt. Die Tagung wurde von dem Vorsitzenden der Gesellschaft, Geheimrat Dr. Arthur von Weinberg, Frankfurt a. M., eröffnet, wobei der Vorsitzende einen Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft im letzten Jahre erstattete.

Sodann verkündete der Vorsitzende einen Vorstandsbeschuß, wonach die Arthur-von-Weinberg-Medaille für Verdienste um die Gewerbehygiene dem bayrischen Landesgewerbearzt, Prof. Dr. Koelsch, München, für seine ausgezeichneten und vielseitigen wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiete der Arbeitsmedizin verliehen worden sei.

Nach eingehenden Darlegungen auf die Bedeutung des zu behandelnden Themas für die zuständigen Behörden durch Staatssekretär Dr. Geib vom Reichsarbeitsministerium ergriff als erster Referent das Wort der Leiter der Bayerischen Gewerbeaufsicht, Ministerialrat Dr.-Ing. Kiebe, München, um das Thema vom Standpunkt der Arbeitsschutzbehörden und der Gewerbeaufsicht zu besprechen.

Im einzelnen begründete der Referent seine Stellungnahme mit der Behandlung der folgenden Fragen:

Der Wert der menschlichen Arbeitskraft für die Volkswirtschaft und die Privatwirtschaft;

Gesundheitliche und wirtschaftliche Erfolge der Unfallverhütung;

Die Einwirkung der Beleuchtung und der Lüftung der Arbeitsräume auf die Gesundheit, Unfallhäufigkeit und Arbeitsleistung;

Der Ersatz der Handarbeit durch Maschinenarbeit als erstrebenswertes, zugleich aber auch wirtschaftlich vorteilhafte Maßnahmen bei schweren und gesundheitsschädlichen Arbeiten;

Die betriebs- und volkswirtschaftliche Bedeutung des Schutzes der Nachbarschaft gewerblicher Betriebe;

Die Befruchtung von Technik und Wirtschaft durch den Arbeiterschutz.

Eine große Anzahl von Lichtbildern, insbesondere, die die Modernisierung einer ganzen Fabrik darstellen, ergänzten den Vortrag.

Als zweiter Referent sprach Dr. von Bonin von der Sozialpolitischen Abteilung der Siemenswerke. Er betonte die positive Einstellung der Arbeiterschaft zur Sozialpolitik und damit auch zur Gewerbehygiene. Bei seinen Ausführungen ging er in erster Linie vom Standpunkt der Einzelwirtschaft aus, die unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität wirtschaften müßte. Aus diesem Grunde sei auch der Einfluß gewerbehygienischer Maßnahmen auf die Wirt-

schaftlichkeit des Betriebes bedeutungsvoll. In der augenblicklichen Zeit schwerer wirtschaftlicher Krisen müßten alle sozialpolitischen Maßnahmen den geänderten Wirtschaftsverhältnissen angepaßt werden; daher sei es zweckmäßig, von allgemein öffentlich-rechtlichen Bestimmungen abzusehen und sich auf die besonderen Bedürfnisse des einzelnen Betriebes einzustellen.

Als dann behandelte Kollege Haupt, Hannover, vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands das Thema vom Standpunkt der Arbeitnehmer. Der Referent hob hervor, daß die Gewerbehygiene vorwiegend im Interesse der Arbeiterschaft liege. In zurückliegender Zeit hätte man sich über mangelhaften Unfallschutz und unzulängliche gewerbehygienische Maßnahmen zu beklagen gehabt. Durch propagandistische und direkte Einwirkung der Gewerkschaften auf Unternehmer und Behörden sei es den Gewerkschaften gelungen, zweckentsprechende Maßnahmen des Arbeiterschutzes durchzusetzen und zu erweitern. Dabei hätten sich des öfteren Widerstände der Unternehmer gezeigt und manchmal auch eine zögernde Durchführung der Arbeiterschutzeschriften durch die Aufsichtsbehörden. Der Referent charakterisiert zum Schluß den heute erreichten Stand des Arbeiterschutzes und der Gewerbehygiene und gibt dann in einem Ausblick der Hoffnung Ausdruck, daß die Maßnahmen des Arbeiterschutzes und der Gewerbehygiene nicht zuletzt im Interesse der weiteren Hebung der gesamten Wirtschaftlichkeit fortgesetzt und weiter ausgebaut werden.

Das Schlußreferat erstattete Geh. Hofrat Prof. Dr. von Zwiedineck-Südenhorst,

München, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt. Gewerbehygiene ist eine Kategorie von Schadenabwehr, und zwar unter den drei möglichen Methoden: Vorbeugung, Unterdrückung, Versicherung, ursprünglich eine Summe von Maßnahmen im Bereich der Vorbeugung. Soweit das Objekt der Gewerbehygiene immer der Mensch ist und alle Wirtschaft auch nur dem Menschen dienstbar zu sein hat, scheint die Gewerbehygiene irgendwelchen Kostenbedenken nicht ausgesetzt zu sein. Insbesondere die Lebensverlängerung als Wirkung der Gewerbehygiene scheint dafür zu sprechen. Die Hebung des Bewußtseins der einzelnen, daß die Maßnahmen der Gewerbehygiene wie die Einrichtungen der sie ergänzenden Sozialversicherung durch Sicherung und Förderung des Individuums der Gesellschaft als Ganzem zugute kommen müssen, wird immer Voraussetzung des Segens der Ausweitung der Gewerbehygiene auch über die ihr heute durch die Kosten gezogenen Grenzen sein.

Eine ausgedehnte und rege Diskussion, an der sich vor allem die Vertreter der Gewerkschaften beteiligten, nahm zu diesen Referaten Stellung. Als Vertreter des ADGB. hat in erster Linie Kollege Sachs noch einmal den Standpunkt der Gewerkschaften vertreten gegenüber den Ausführungen des Herrn Dr. von Bonin, der die Haltung der Unternehmer zur Gewerbehygiene klarlegte. Sachs begrüßte insbesondere, daß nach Ausführung des Referenten die Unternehmer sich positiv zur Sozialpolitik und Gewerbehygiene einstellten. Wenn das in Wirklichkeit ihre Absicht ist, dann würde es möglich sein, die Gewerbehygiene weiterzutreiben.

Arbeitsbeschaffung „als ob“

In seiner Auseinandersetzung mit dem Nazi-Strasser hat Hilferding erklärt, er beschäufte sich mit dem Sozialismus der NSDAP. unter der Voraussetzung des „als ob“: als ob die Ansichten, die Strasser entwickelte, von allen wichtigen Gruppen seiner Partei geteilt würden. Wie berechtigt diese Vorsicht Hilferdings war und wie wenig Strassers Ausführungen für die NSDAP. verbindlich sind, sei an einem Beispiel gezeigt. Strasser hat im Reichstag zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit eine großzügige Siedlungsaktion gefordert. In der nationalsozialistischen „Landpost“ (Nummer 20 vom 15. Mai 1932) nimmt nun kein geringerer als der nationalsozialistische Landbundpräsident Willikens, ein Fraktionskollege Strassers, in einem Artikel das Wort zu dem Thema „Siedlung und Arbeitslosigkeit“. Er kommt dabei zu folgenden Feststellungen:

„Man kommt zu dem Ergebnis, daß die Siedlung in unserm heutigen Reichsgebiet im großen und ganzen nur erreichen kann, die heute noch auf dem Land Wohnenden dort festzuhalten. Ich möchte den übertriebenen Erwartungen entgegenreten, als ob das Problem und die Durchführung unseres Siedlungsplanes irgendwie mit dem Problem der Millionen-Arbeitslosigkeit zu dessen Beseitigung in Verbindung gebracht werden könnte.“

Willikens trifft diese Feststellungen, wie er selbst betont,

„um bestimmten Siedlungsromantikern und -phantasten das leider notwendige Wasser in ihren unausgegorenen Wein zu gießen“.

Er stellt weiter fest,

„daß die Nationalsozialisten den Siedlungsgedanken nicht durch irgendwelche Neidgefühle entehren; denn Landbeschaffung zwecks Siedlung wird bei uns nie erfolgen, um andern (den Großen) etwas wegzunehmen, sondern nur in dem Ausmaße, wo Siedlungsland zur gegebenen Zeit benötigt wird, und immer unter Berücksichtigung einer gesunden Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieb“.

Diese Feststellungen Willikens bedeuten nichts anderes als die Kastrierung der Strasserschen Siedlungs-Arbeitsbeschaffungspläne durch die landbändlerischen mit den Nationalsozialisten verbündeten Großgrundbesitzer. Aber

Herr Willikens weiß auch einen Ausweg: Er ist selbstverständlich an sich für den Siedlungsgedanken, allerdings,

„um bei jeder sich bietenden Gelegenheit auch in dieser Beziehung den Blick unserer Volksgenossen möglichst von innen nach außen, das heißt nach Nordosten, zu lenken, wo nach einer ganz bewußten, sagen wir ruhig rigorosen Bevölkerungspolitik das Siedlungsland unserer Zukunft im großen liegt“.

Das heißt, in vernünftiges Deutsch übertragen, Herr Willikens und seine Nazis wollen durch einen Eroberungskrieg neues Siedlungsland im Osten gewinnen. Krieg, das heißt Massenvernichtung von Menschen und Gütern (man kann ja schließlich auch sagen „rigorose Bevölkerungspolitik“), war ja immer der Ausweg, den der Kapitalismus in seinen Krisen gesucht hat. Wie wenig darüber hinaus die Nationalsozialisten an jeder wirklichen und praktischen Arbeitsbeschaffung interessiert sind, ist deutlich einem Vorgang zu entnehmen, den das Organ des Deutschen Landarbeiterverbandes, „Der Deutsche Landarbeiter“, in Nummer 20 vom 14. Mai 1932 wiedergibt. Dort wird berichtet:

„Sozialdemokratie und Gewerkschaften werden weiter bemüht sein, Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Wie ungehalten die Nazis sind, wenn es gelingt. Dafür ein Beispiel: Gau- und Kreisleitung Passau unseres Verbandes setzten sich mit Erfolg für den Bau einer Straße im unteren Bayerischen Wald ein. Es handelte sich um 55 000 Tagschichten bei einem Arbeitslohn von über 200 000 M. In der Wahlwoche erhielten wir die Mitteilung vom Finanzministerium, daß die Geldbeschaffung beschleunigt wird. Das Projekt soll zur Hälfte sofort begonnen werden. Einige hundert erwerbslose Fortsarbeiter erhielten je 13 Wochen Arbeit, und zwar nicht zu Lohnsätzen, wie es die Nazis mit ihrer Arbeitsdienstpflicht haben wollen. Vor der Wahl hatten sie im Bezirk das Gerücht verbreitet, daß sechs Tage gearbeitet werden müsse, aber nur fünf Tage bezahlt würden, je Tag 1,50 M. — Nein, so ist es nicht. Die Entlohnung erfolgt nach normalen Lohnsätzen. Wes Geistes Kind der Führer der Nazis in Freyung ist, beweist sein blöder Ausspruch in

Hinterminding, wo er unserm Referenten gegenüber folgendes sagte: Na, was ist das auch, wenn die Forstarbeiter jetzt 13 Wochen arbeiten können; nachher müssen sie doch wieder stempeln.“

Das ist die nationalsozialistische Praxis

Edelblüten des Teutschtums

Die neuesten Taten der Nazistrolche, die im Reichstagsrestaurant den Journalisten Helmuth Klotz überfallen und schwer mißhandelt haben, zeigen das wahre Gesicht dieser Banditenpartei. — Die Arbeitsgemeinschaft von degeneriertem Gesindel, politischen Hochstaplern, gerissenen Gaunern der verschiedensten Art, von Mordgesindel, Diebsgeliichter, Urkundenfälschern, Betrügnern und andern Schwerverbrechern hat sich in der Nazi-Partei mit dem Ziele zusammengeschlossen, Deutschland zu „erneuern“.

Durch seinen hinterlistigen Ueberfall auf Dr. Helmuth Klotz hat Heines wieder die Erinnerung an seine feige Mordtat geweckt. Das gerichtliche Urteil bestätigt in vollem Umfange die Brutalität dieses Menschen, dessen Hauptfähigkeit offensichtlich im Verüben von Gewalttaten besteht. In dem jüngst erschienenen Buche „Justizdämmerung“ wird über die Mordtat des Heines an Hand des Urteils folgendes berichtet:

Heines gehörte dem ehemaligen Freikorps Roßbach an und war nach dessen Auflösung im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Liebenow als Gauleiter tätig. Zu der Arbeitsgemeinschaft gehörte auch der Arbeiter Willi Schmidt. Schmidt wurde auf den bloßen Verdacht hin, er wolle Waffenvorräte der Arbeitsgemeinschaft an die preußische Schutzpolizei verraten, von Heines und seinem Genossen kurzerhand getötet. Der Oberstaatsanwalt hatte gegen Heines die Todesstrafe wegen Mordes beantragt. Das Stettiner Schwurgericht verurteilte am 13. März 1929 Heines nur wegen Totschlags zu fünf Jahren Gefängnis. Ueber die Ausführung der Tat sagte das rechtskräftig gewordene Urteil folgendes:

Inzwischen — es war sehr dunkel, es regnete und blitzte — war man auf eine Waldblöße gekommen, die mit hohem Gras und Farn bestanden war. Während Ottow etwas entfernter, Fräbel und Baer noch ganz nahe bei Schmidt standen, trat Heines an Schmidt heran und gab aus seiner Pistole aus nächster Nähe zwei Schüsse auf Schmidt ab. Schmidt fiel nach dem ersten Schuß zu Boden und röchelte. Auf einen Ruf des Heines sprang Ottow hinzu und gab aus nächster Nähe mit seiner Pistole ebenfalls zwei Schüsse auf den liegenden Schmidt ab... Als Schmidt sich nicht mehr rührte, kniete Ottow neben der Leiche, öffnete den Mantel und nahm die Brieftasche mit den Papieren des Schmidt an sich. Dann gruben Ottow, Fräbel und Baer unmittelbar neben dem Toten ein Grab mit der Schaufel, die Baer mitgebracht hatte. Das Grab war nicht sonderlich tief, es erwies

in der Frage der Arbeitsbeschaffung. Die Theorie, die Herr Strasser vortrug und gegen die sein eigener Parteifreund Willikens schon heute Sturm läuft, ist also weniger als eine Theorie des „als ob“. Sie ist reine Demagogie, skrupelloser Volksbetrug.

sich auch als zu kurz. Ottow knickte deshalb die Beine des Toten an den Knien ein, nachdem er vorher die Leder-gamaschen abgemacht hatte. Diese wurden auf die Leiche gelegt, das Grab dann zugeschaufelt und mit Gebüsch und Farnkraut bedeckt. Der Hut des Toten blieb im Grase liegen.

Aus dieser Darstellung des Gerichts geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß es sich um einen genau vorbereiteten Mord, nicht um einen Totschlag im Affekt gehandelt hat. Die Annahme des Totschlags ist offensichtlich nicht durch rechtliche Erwägungen, sondern durch politische Sympathien zu erklären. Daß dieser Mann dem Reichstag angehört, ist eine öffentliche Schande.

Daß Heines statt im Gefängnis im Reichstag sitzt, verdankt er der Hilfe der Kommunisten, die Schulter an Schulter mit den Nationalsozialisten und Deutsch-nationalen im Reichstag die Amnestierung der Fememörder erzwungen haben. Infolge der kommunistischen Fürsorge brauchte Heines von seinen fünf Jahren nur anderthalb Jahr abzusetzen.

Der zweite Mittäter bei dem Ueberfall auf Dr. Klotz, Weitzel, paßt in die Gesellschaft des Heines. Er ist nicht nur viermal wegen Gewalttätigkeiten, unter anderem wegen Vergehens gegen das Schußwaffengesetz und Widerstand gegen die Staatsgewalt, vorbestraft, sondern weiter auch mit einem Monat Gefängnis — wegen Beihilfe zur Abtreibung! (Motto: Adolf Hitler rettet die deutsche Familie.) Für die Gesinnungslumperei, die bei den Nazis herrscht, ist es außerordentlich bezeichnend, daß sie zwar in einem Antrag für jede „Gefährdung der deutschen Fruchtbarkeit“ lebenslängliche Zuchthausstrafe gefordert haben, gleichwohl aber einen Mann, der wegen dieses — in Naziaugen todwürdigen — Deliktes vorbestraft ist, als Reichstagsabgeordneten in ihren Reihen aufnehmen.

Der dritte Täter, Gutsbesitzer Stegmann-Schillingsfürst, hat sich, wie der Sozialdemokratische Pressedienst berichtet, bei der Verhinderung von Zwangsversteigerungen sowie bei einem Ueberfall auf ein Reichsbannerlokal bereits als Terrorist betätigt.

Es sind nur drei dieser Edelblüten des Teutschtums, die unser Vaterland „erneuern“ wollen. Jeder anständige Mensch muß sich mit Ekel und Abscheu von einer Partei wenden, die nur Führer dieser Qualität hat. Dem Abschaum der Menschheit ist es in Deutschland mit Hilfe des Spießertums und der politischen Unterwelt gelungen, Führer in der Naziotenpartei zu werden. Deutschland erwache!

Die Pläne der Hitlerpartei in den Betrieben

Betr. Vertrauliche Richtlinien zur Durchführung unseres Kampfes im Entscheidungsjahr 1932 gegen Betriebs-Marxismus.

Reichsleitung der NSDAP.

Reichsbetriebs - Zellen - Abt. der Org.-Abt. I München, Karlstr. 14.

Einleitung.

Es ist wiederholt in Rundschreiben sowohl auch in Führerbesprechungen betont worden, daß die NSBO. (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) keine Gewerkschaft ist, auch nicht der Vorläufer einer solchen. Die NSBO. ist nichts weiter, als die besondere spezifische Waffe zur Eroberung der Betriebe durch Niederringung des Betriebsmarxismus. Nationalsozialisten schließen sich nur zu dem Zweck in der NSBO. zusammen, um Idee und Weltanschauung in die Betriebe

zu tragen. Als Gewerkschaft ist die NSBO. schon durch die Feststellung des Reichsarbeitsgerichts nicht anerkannt. Es kann also auch logischerweise keine Arbeitsgerichtsvertretung durch die NSBO. stattfinden. Ebenfalls können bei Streiks keine Unterstützungen gezahlt werden. Allerdings kommen ja Streikfälle wenig oder fast gar nicht in Betracht. Bedenken dieserhalb sind bei den Herren Pgs.-Arbeitgebern zu zerstreuen.

Werbeaktionen im Jahre 1932.

Es muß jedem einzelnen Pgs., der im Betrieb beschäftigt ist, zur unumgänglichen Pflicht gemacht werden, der NSBO. anzugehören. Pgs., die im Betrieb noch keine Zelle haben, müssen versuchen, unter allen Umständen eine solche zu schaffen. Sollten sich Pgs. aus undurchsichtigen Gründen weigern, einer solchen

beizutreten oder dieselbe zu organisieren, ist dem betreffenden Pgs. mitzuteilen, daß Antrag auf Ausschluß beim Uschla. des Gaus, gemäß § 4 Absatz 1 b, gestellt werden kann, wenn er weiter auf seiner Verweigerung beharren sollte.

Von den einzelnen Gau-Bez. (Bezirksleitungen) und Ubzl. (Unterbezirksleitungen) muß eine Betriebsversammlung organisiert werden, und zwar so, daß eine die andere ablöst. Als Redner kommen nur solche Pgs. in Frage, die sich besonders für Arbeiterversammlungen eignen und die Psyche des Arbeiters genau kennen.

Ist eine Betriebszelle aus eigener Kraft heraus fähig, eine Betriebsversammlung einzuberufen, so braucht hiervon die Ortsgruppenleitung lediglich nur verständigt und herangezogen werden. Sonst müssen sämtliche Ortsgruppen, in Verbindung mit der NSBO., die Betriebsversammlungen organisieren. Die Betriebe müssen vor allen Dingen ständig mit Flugblättern, Broschüren und Zeitungen bearbeitet werden.

Werden eigne Betriebszeitungen herausgegeben, so sind in den Illustrationen und im Text die Herren Arbeitgeber und leitenden Beamten (außer es seien Juden) nach größter Möglichkeit nicht zu kritisieren. Ist es unumgänglich notwendig, dann in maßvoller Form.

In Betriebszeitungen ist vor allem aufschärfste das heutige System anzugreifen sowie die arbeiterverräterische Politik der Gewerkschafts- und SPD.-Bonzen. Gerade das letztere leuchtet dem Arbeiter am besten ein. So zum Beispiel Lebensweise und Gehalt der Bonzen (insbesondere ist das Privatleben derselben zu beobachten, ihr Werdegang usw.). Hier muß vor allen Dingen verstanden werden, die soziale Lage des Arbeiters der der Bonzen gegenüberzustellen und deren einstiger Beruf. Wir dürfen in der Politik kein Mittel scheuen und gerade die Weckung persönlichen Neids und Minderwertigkeitsgefühle beim Arbeiter führen oft später zur Reife politischer Erkenntnis. Ist es bei zu großer Interesselosigkeit der Betriebsbelegschaft nicht anders möglich, so muß das Propagandamaterial eine Zeitlang kostenlos in die Betriebe geworfen werden.

Tätigkeit und besondere Aufgaben der NSBO.-Betriebsräte.

Die NSBO.-Betriebsräte sind in ganz besonderem Sinne Amtswalter. Jeder nationalsozialistische Betriebsrat ist ein vorgeschobener Posten in den vordersten feindlichen Linien.

Der NSBO.-Betriebsrat ist in erster und letzter Linie nur der Partei und Bewegung verantwortlich. Die Anordnungen des Führers und der Partei sind allein für ihn maßgebend. Das Betriebsrätegesetz ist nur eine Frage der Taktik für denselben. Die vornehmste Aufgabe des Nationalsozialisten im Betrieb ist der Kampf für unsere Bewegung und die Vernichtung des Feindes...

Die akute Gefahr droht nun weniger von seiten der RGO. und KPD. als von seiten der von den Sozialdemokraten geführten Gewerkschaften. Hier hat der Kampf einzusetzen. Daß dieser Kampf nur mit besonderen Mitteln geführt werden kann, liegt, auf Grund unserer zahlenmäßigen Schwäche in den Betrieben, auf der Hand. Vor allen Dingen muß deshalb versucht werden, diese zahlenmäßige Schwäche zu heben. Dieses geschieht am besten mit den NSBO. angeschlossenen Erwerbslosenzellen; die nationalsozialistischen Betriebsräte müssen es verstehen, erwerbslose Pgs. in die Betriebe zu bringen. Um dieses zu erreichen, ist es notwendig, daß der Betriebsrat mit den einzelnen Zellenmitgliedern immer engste Fühlung behält. Nur so kann immer auf schnellstem Wege festgestellt werden, wo ein Arbeitsplatz frei wird oder ein solcher frei gemacht werden könnte.

Jeder Nationalsozialist ist ferner verpflichtet, im Betrieb jeden Marxisten-Funktionär, gleichgültig welcher Schattierung, mit genauer Adresse festzustellen. Wenn irgendmöglich, muß versucht werden, von jedem dieser Leute eine Photographie zu beschaffen. Das gesamte

Adressenmaterial, Photos usw., ist über den Gau an den „Sonderdienst“ weiterzuleiten (Abteilung 1 VB. 11 München). Die Hauptsache ist schon, wenn nur geknipst ist; das übrige erledigt dann die technische Abteilung. Ist der Arbeitgeber Pg., so steht demselben das Recht zu, dauernd auf dem laufenden gehalten zu werden. Auf diese Weise ist es möglich, daß die einzelnen Betriebe nach und nach von all den schädlichen Elementen gesäubert werden und eine große Anzahl unserer Pgs. in den Betrieben Arbeit finden wird. Auch dürfte solches Adressenmaterial nach unserer Machtergreifung von großer Bedeutung sein, um mit den Feinden des deutschen Volkes ein für allemal aufzuräumen. Daß die Beschaffung dieses Materials natürlich äußerster Vorsicht bedarf, braucht nicht näher erörtert zu werden.

Wichtig ist noch, die Herren Pgs.-Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß bei eventuellen Lohnsenkungsaktionen eine nationalsozialistische Belegschaft der wirtschaftlichen Lage immer ein anderes Verständnis entgegenbringen würde, als eine marxistisch verhetzte.

Theodor Leipart 65 Jahre



Am 17. Mai wird Theodor Leipart, der Führer der deutschen Gewerkschaften, 65 Jahre alt. Es ist wirklich nicht notwendig, den Lesern nochmals auseinanderzusetzen, was Theodor Leipart für die freien Gewerkschaften bedeutet. Als Führer unserer Gewerkschaftsbewegung genießt er bei Freund und Feind größte Achtung; als Kämpfer und Streiter für unsere Sache wird er von allen geschätzt und geehrt.

Theodor Leipart gehört der alten Garde in der Gewerkschaftsbewegung an. Schon als 20jähriger Drechslergeselle bekleidete er eine Reihe wichtiger Funktionen in seiner Fachorganisation. Durch diese Tätigkeit kam er naturgemäß in engste Berührung mit Karl Legien, der um die damalige Zeit schon Vorsitzender des Drechslerverbandes gewesen ist. Von dieser Zeit an waren die beiden großen Führer der Gewerkschaftsbewegung in Freundschaft miteinander verbunden. Die Fähigkeiten, die Theodor Leipart schon als junger Mensch im Drechslerverband an den Tag gelegt hat, veranlaßten seine Berufsgenossen, ihm wichtige Funktionen anzuvertrauen. So war er Anfang der 90er Jahre Redakteur und zuletzt Vorsitzender im Drechslerverband. Bei der Verschmelzung des Drechslerverbandes mit dem Holzarbeiterverband im Jahre 1893 wurde er zum zweiten Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes gewählt, einen Posten, den er bis zum Jahre 1908 bekleidete, wo er zum ersten Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes gewählt wurde. Diese Funktion hatte er bis zum Jahre 1919 inne. Neben der außerordentlich umfangreichen Tätigkeit, die der Vorsitzende einer so großen Gewerkschaft rein geschäftlich zu entfalten hat, war es Theodor Leipart trotzdem möglich, an dem Sitz des Holzarbeiterverbandes in Stuttgart in den verschiedensten Formen der Gesamtbewegung zu dienen. Jahrelang war er Vorsitzender des Gewerkschaftsvereins in Stuttgart und zu gleicher Zeit im Vorstand des Sozialdemokratischen Bezirksvereins. Nach der Umwälzung im Jahre 1919 bekleidete Theodor Leipart den Posten eines Arbeitsministers in

Schlußbemerkung.

Die Reichsleitung der NSBO. hofft, daß die einzelnen Pgs. in Zukunft alle Kräfte daran setzen werden, obige Voraussetzungen zu erfüllen. Der Jude Mordochai (Karl Marx) hat einmal von der Athletengestalt des deutschen Arbeiters gesprochen. Es wäre ein unvermeidlicher Fehler, wenn man die Richtigkeit dieses Ausspruches übersehen würde.

Je früher wir es verstehen, diese Athletengestalt in den Dienst der Nation zu stellen, desto mehr wird es uns gelingen, die Macht im Staat zu ergreifen und diesem verfaulten System den Todesstoß zu versetzen.

Auch hat der Kapp-Putsch uns gezeigt, wie wichtig die Herrschaft über die Betriebe ist.

Hierin können wir nur von der KPD. lernen. Es dürfte uns auch viel leichter als der KPD. fallen, die Betriebe zu erobern auf Grund unserer starken finanziellen Kraft und unseres gut ausgebauten Propagandaapparats.

Also Pgs. auf in den Entscheidungskampf 1932. Laßt uns kämpfen und der Sieg ist unser!

Württemberg. Im Jahre 1921 wurde er zum Nachfolger Karl Legiens mit der Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes betraut. Als Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung genießt er weit über den Rahmen Deutschlands hinaus größtes Ansehen. Die gesamte internationale Gewerkschaftsbewegung schätzt den Führer und zähen Kämpfer, der überall mit Geschick und Nachdruck die Interessen des Proletariats zu wahren versteht. Was Theodor Leipart für die deutschen Arbeiter bedeutet, kann nicht in wenigen Zeilen zum Ausdruck gebracht werden. Er hat wie kein anderer ein Menschenalter in der vordersten Kampfreihe der Gewerkschaften Deutschlands gestanden und in Wort und Schrift für die Aufklärung und Aufrüttelung der Arbeiterklasse in Deutschland Großes geleistet. Auch auf literarischem Gebiet hat Theodor Leipart Beachtenswertes geschaffen. Wer die alten Jahrgänge der „Die neue Zeit“ zur Hand nimmt, findet immer wieder bedeutsame Aufsätze, in denen er sich mit den gewerkschaftspolitischen Zeit- und Streitfragen in der ihm eigenen Weise auseinandersetzt. Leipart hat sich wie kein zweiter um die Verwirklichung des Sozialismus die allergrößten Verdienste erworben, besonders die wirtschaftlichen Einrichtungen und Organisationen der Gewerkschaften sind vielfach auf seine Anregung hin ins Leben gerufen worden, vor allem aber die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Der nunmehr Fünfundsechzigjährige ist Vorsitzender des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, des Aufsichtsrats der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten und der Volksfürsorge AG. Ferner ist er Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes und darüber hinaus in zahlreichen wissenschaftlichen Instituten als Vertreter der Gewerkschaften tätig. Im vergangenen Jahre hat ihm die Technische Hochschule in Berlin den Titel eines Doktor h. c. verliehen. Wir wünschen Theodor Leipart zu seinem 65. Geburtstag alles Gute, vor allen Dingen aber, daß er seine bewährte Kraft noch lange in den Dienst der freien Gewerkschaftsbewegung stellen kann.

Dem toten Kämpfer Albert Thomas!

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Genosse Albert Thomas, starb plötzlich am 8. Mai. In einem Pariser Restaurant verschied er, wo er, durch ein Unwohlsein veranlaßt, eingekehrt war. Er hat nur ein Alter von 54 Jahren erreicht. Einer der größten Männer des internationalen Sozialismus ist mit Albert Thomas dahingegangen. Den Gewerkschaften aber war er mehr. In der zwölfjährigen Wirksamkeit als Leiter des Internationalen Arbeitsamts war er zum stärksten Faktor der internationalen Sozialpolitik geworden. Nur den ungewöhnlichen Fähigkeiten, Begabungen und

Veranlagungen eines Albert Thomas war es möglich, aus dem Internationalen Arbeitsamt das zu machen, was es geworden ist. Nach dem Versailler Friedensvertrag sollte ein Amt geschaffen werden, das sich mit den sozialen Problemen in überstaatlichem Maße beschäftigen sollte. Noch war die Welt durch den furchtbaren Krieg zerrissen. Die Völker standen sich feindlich gegenüber. An ein internationales Zusammenarbeiten war kaum zu denken. In dieser Situation wurde Albert Thomas an die Spitze dieses Amtes berufen. Er sollte sich in den verwickelten Schwierigkeiten zurechtfinden; seine Aufgabe war es, einem theoretischen Plan, für den es weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart irgendwie vergleichbare Beispiele gab, glutvolles Leben zu geben. Mit dem ihm eigenen Eifer und einer nie ermüdenden Arbeitskraft hat sich Albert Thomas der neuen Aufgabe gewidmet. Das IAA. ist im Laufe der Jahre zu einem starken Faktor im Zusammenwirken der Völker geworden.

In rastlosem Eifer versuchte Thomas die Beschlüsse seines Amtes in allen Ländern zur Durchführung zu bringen. Von Jahr zu Jahr konnte er mitteilen, daß die Zahl der genannten Ratifikationen der einzelnen Gesetzentwürfe größer und größer wurde. Dabei ist die Verschiedenheit der Länder zu beachten. Ein Land wie Uruguay ist etwas ganz anderes als ein hochentwickelter Industriestaat Europas. Und doch mußte versucht werden, die Grundsätze der Sozialpolitik in allen Ländern zur Durchführung zu bringen. Die zahlreichen Reisen des Leiters der internationalen Sozialbehörde haben ihm von Gegnern den Spitznamen der ewige Jude der Sozialpolitik eingebracht. Thomas war im wahrsten Sinne des Wortes international, trotzdem er in seinem Wesen Franzose geblieben ist. Uns Deutschen ist er kein Fremder. Er hat in Deutschland eine Zeit studiert, ist sehr oft hier gewesen und hat in sehr vielen Versammlungen und Konferenzen das Wort genommen. Er hatte es sich zur Aufgabe gesetzt, die beiden Länder Deutschland und Frankreich zusammenzubringen auf der Linie friedlicher Verständigung. Die Tätigkeit dieses Mannes auf diesem Gebiete ist von Erfolg begleitet gewesen. Große Aufgaben standen ihm bevor. Als Staatsmann von großem Format waren ihm in Frankreich namentlich nach dem Ausgang der letzten Wahlen alle Türen geöffnet.

Mit der ihm innewohnenden Energie hat sich Thomas in den letzten Monaten seines Lebens der internationalen Arbeitsbeschaffung angenommen. Er war sich der Gefahr bewußt, die das Heer der 25 Millionen Arbeitslosen in der Welt bedeutet. In der ersten Mainnummer der „Sozialen Praxis“ hat Albert Thomas in meisterhafter Weise aufgezeigt, welche Maßnahmen ergriffen werden müßten, um den Millionen Hand- und Kopfarbeitern der Welt wieder Beschäftigung zu geben. In der Einleitung des Artikels sprach er von der erheblichen Bedeutung der un-mittelbaren und mittelbaren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, „eine Bedeutung, groß genug, um den Kampf zu rechtfertigen, den der Direktor des Internationalen Arbeitsamts seit mehr als Jahresfrist für diesen Gedanken führt“. In der Tat war es ein Kampf, den Thomas gegen all die Widerstände führen mußte, die seinem großzügigen Programm entgegenstanden. Und gerade in dem Augenblick, als er sich dieserhalb wiederum auf eine Reise begeben wollte, überraschte ihn der Tod. Es ist schlecht vorstellbar, wer das hinterlassene Werk dieses unermüdlichen Kämpfers fortführen soll. Von dem Sohn eines kleinen Bäckermeisters der französischen Provinz war Thomas zu einem der größten Staatsmänner und Sozialpolitiker der Welt geworden. Ein starkes soziales Empfinden, das tiefste Mitgefühl für die leidende Menschheit, hat Thomas zu den höchsten Leistungen angespornt. Ein Beweis dafür, welche Kräfte die sozialistische Bewegung hervorzubringen vermag. Möge der Verstorbene einen gleichstarken Nachfolger finden. Albert Thomas wird aber immer als einer der Größten der internationalen Arbeiterbewegung genannt werden.

UNTERHALTUNG WISSEN

So sollst Du das Verbandsblatt lesen!

Viele Mitglieder des Verbandes lesen ihr Verbandsblatt nicht so, wie das Blatt es verdient. Viele andere beachten es kaum. Es liegt darin eine gewisse Schwäche des Charakters begründet. Denn das weiß jeder, daß das Blatt ihm gewiß manch Neues und Gutes mit jeder Nummer zu sagen hat, aber es fehlt der Entschluß des Anfangens mit dem Lesen. Es war nun immer so gewesen. Stets war das Verhältnis so lässig. Da nun anders? Die Entschlußkraft fehlt.

Darum, Kamerad, der du das Blatt bisher zu wenig beachtet hast, raffte dich auf! Es ist dies ja oft eine Schwierigkeit, dieses Nichtanfangen können. Auch bei Geistesarbeitern findet man es oft. Aber ist der frische Entschluß erst gefaßt, dann geht es.

Dieses Nichtanfangen können und Nichtanfangen wollen mit gewerkschaftlicher Lektüre ist ein Kernübel im proletarischen Bildungswesen der Zeit. Hier Ueberwindung zu schaffen durch den starken Entschluß der Tat; und der gewerkschaftlichen Bewegung werden ungeheure neue Energien gewonnen.

Bei diesem Entschluß des Bildungswollens muß sich jeder natürlich klar sein, daß die Lektüre nicht zum Vergnügen geboten wird. Es ist gerade für kämpfende Menschen so, wie Goethe es einmal ausgesprochen hat: „Du bist über die Kinderjahre hinaus, du mußt also nicht nur zum Vergnügen, sondern zur Besserung deines Verstandes und deines Willens lesen!“

Und dann gibt Goethe das Rezept zum Lesen. „Siehe, so mußt du es machen!“, spricht er. „Nimm ein Stück nach dem andern in der Reihe, lies es aufmerksam durch, und wenn es dir auch nicht gefällt, lies es doch! Wenn du es gelesen hast, dann stelle Beobachtungen darüber an. Im Anfang wird es dir schwer werden, aber bald wird es leichter gehen wie mit dem Schreiben. Fange damit an, aber bald!“

Darum keine Ausflüchte mehr und keine Bedenken! Fange an! Entschließe dich! Und lies gründlich! Und eine Welt wird sich dir neu offenbaren. Und du wirst vieles ganz anders sehen und schöner und glaubender. Und du wirst wachsen in dir. Und neue Kräfte wirst du spüren, die heute noch in dir schlummern.

Doch fange an!

Fange darum an!

Die Frau brütet die Eier aus

„Die Frau hat die Aufgabe, schön zu sein und Kinder zur Welt zu bringen. Das ist gar nicht so roh und unmodern, wie sich das anhört. Die Vogelfrau putzt sich für ihren Mann und brütet für ihn die Eier aus. Dafür sorgt der Mann für die Nahrung. Sonst steht er auf der Wacht und wehrt den Feind ab“ . . . So schrieb Dr. Joseph Goebbels, Mitglied der NSDAP, und des Reichstages in seinem Roman „Michael“ — allerdings als er noch nicht verheiratet war — und es ist noch nicht amtlich, ob ihn seine Frau nicht eines Tages eines Besseren belehren wird. Die deutschen Arbeiterfrauen und Mädchen denken gar nicht daran, sich von diesem braungelben Söldnerheer beherrschen und unterdrücken zu lassen und ihre schwer erkämpfte Gleichberechtigung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft sich rauben zu lassen. Auch in weiten Kreisen des Bürgertums hat man erkannt, welchen Rang die „Erneuerer“ Deutschlands für die Frauen im Dritten Reich vorgesehen haben. Wir lesen darüber in der „Frankfurter Zeitung“ vom 6. April „Frauenschatz im Nationalsozialismus“ folgende treffende Ausführungen:

„Den Weibern — denkt man — ist nicht zu trauen, es ist ein Kreuz, daß es

überhaupt welche gibt. Darum muß man sie strikt an der Kandare halten, ihnen vor allem immer wieder ihre ausschließlich naturhafte Bestimmung vor Augen führen, sie dazu bringen, das Berufsethos der Zuchtstute und des Mutter-schafts ein für allemal als das ihre be-greifen zu lernen und sich zu eigen zu machen. Wobei man freilich nicht ver-fehlen darf, so lästig dies unter Um-ständen dem rauhen Krieger fallen mag, den Frauen, zur Erhaltung der Gutwillig-keit, ihre hohe Bedeutung für das Volks-ganze immer wieder wie Honig um den Mund zu schmieren. Aber für das tiefe Mißtrauen, das im reinen Männerbund nationalsozialistischer Prägung gegen die weibliche Gefolgschaft besteht, spricht der lapidare Satz, der sich unter den Aufmarschplänen der Hitler-Heilsarmee gefunden hat: „Keiner Frau etwas mit-teilen!“ . . .

Die Zahl der Frauen, die ihre Stimme in die Waage der Entscheidung für den Faschismus — und damit für die Unterdrückung der Frau im Beruf und in der Gesellschaft — legen, ist begrenzt und wird niemals ausschlaggebend sein. Die deutschen Frauen haben im Kampf um ihre Gleichberechtigung gelernt, selbstän-dig zu denken und für die wahren Menschenrechte einzutreten.

Mitglied und Verband

Ein großer Verband ist natürlich nur bei einer großen Zahl von Mitgliedern möglich. Aber das einzelne Mitglied hat doch mehr als Nummer im Verbandsbuch zu sein. 1000 Verbandsbücher bedeuten 1000 angeschlossene Menschen. Aber 1000 angeschlossene Menschen, was bedeuten sie? Sie können viel und wenig bedeuten. Ihr Wert hängt von den Ener-gien jedes einzelnen ab. 1000 Menschen, dem Verbandszugehörig, doch jeder ohne starkes persönliches Wollen: es wäre nichts als Mitgliedschaft auf dem Papier. Aber jeder der 1000 ein ganzer Kämpfer. Jeder ein bewußt gewerkschaftlicher Mensch: und Energien werden da getragen, gegen die die Zahl 1000 erblaßt.

Das Ganze hat den einzelnen zur Vor-aussetzung. Ein Verband braucht starke Kämpfermenschen. Gemeinschaft und Persönlichkeit sind in ihrem Wesen untrennbar.

Oft werden diese beiden Begriffe falsch verstanden. Gemeinschaft, so sagen die Gegner, sei etwas undefinierbares, Kern-loses, Weichliches, ohne Charakter, Eigenart und Kraft.

Und Persönlichkeit, so meinen so manche, auch unter uns, sei Individualismus, Vereinzelung.

Beides ist falsch. Gemeinschaft kann nicht ohne Persönlichkeiten sein, und die echte Persönlichkeit wieder hat ihr Lebens-element nur in der Gemeinschaft.

Was der Kapitalismus braucht, das ist nicht die Persönlichkeit, sondern der Individualist, der Einzelmensch mit selbstischem Denken. Er war der Mensch, wie ihn die bisherige ökonomische Ent-wicklung hervorgebracht hat, und nur hin und wieder reckte sich auch ein einsamer persönlicher Mensch mit unabhängigem, freiem, gemeinschaftlichem Wollen aus den Zeiten heraus.

Doch die wirtschaftliche Wende der Geschichte, die wir heute erleben, bringt auch den neuen Menschen, wie ihn die Zukunft braucht. Den freien und brüder-lichen Menschen, den Menschen, der Per-sönlichkeit und Bruder ist.

Und der bedeutsame Prophet dieses neuen Menschentums war zu Beginn des sozialen Jahrhunderts Goethe, der auch in dieser Beziehung vom Gegner zu Un-recht in Anspruch genommen wird. Wir konnten es bei den Goethefeiern erleben: die goethesche „Persönlichkeit“ wurde als bürgerliches Bildungsideal hingestellt.

Die „Persönlichkeit“ Goethes ist der persönliche Mensch der Ehrlichkeit, Ge-

rechtigkeit und Wahrheit. Der Mensch, der nicht nach links sieht und nicht nach rechts, nicht nach Nutzen und Schaden. Die „Persönlichkeit“ Goethes ist der Mensch, der nichts andern lebt, als der Idee.

Der Idee leben! Unentwegt! Von der Idee getragen sein, wo man auch ist, was man auch treibt, in allem. Selbst die Idee sein!

Ist es anders möglich, als daß solch ein Mensch sich mit Gleichgesinnten ver-bunden fühlt? Daß er sich freudig der Gemeinschaft in solcher Idee gibt? Daß in ihm Gemeinschaft und Persönlich-keit eins ist?

Bisher herrschten Interessen im Leben. Es gab keine bindende sittliche Kraft. Durch die Wirtschaftsordnung war die Welt zerrissen in Klassen und Gruppen, in Hoch und Niedrig, Ver-schwendung und Not. Da konnte weder Gemeinschaft noch Persönlich-keit sein.

Das aber ist das Große des Mensch-tums, das da mit unsern Wirtschafts-gedanken heraufsteigt aus der Zeit, daß Mensch und Menschen sich finden, daß die Idee uns eint, daß ein Ziel der Wahr-heit jeden zum freien und freudigen Kämpfer macht, der es geradezu als Be-dürfnis empfindet, sich den Brüdern dieser Idee zu schenken, mit ihnen zu-sammenzustehen und ein Freier unter Gleichen, ein Bruder unter Freien zu sein.

Und darin ist die ungeheure historische Kraft des gewerkschaftlichen Kampfes begründet. Die Ethik der Geschichte ringt in ihm. Er bindet mit seiner Wirt-schaftsgestaltung den sittlichen Sinn, zu dem die Entwicklung drängte durch alle Jahrhunderte.

Kampf dem Selbstischen! Kampf der Wirtschaft, die auf Selbstisches eingestellt ist! Alles für alle! Jeder frei und alle vereint als Brüder in Freiheit! Als Mit-glied zugleich kämpfender Mensch! Mitgliedschaft erfüllt von Energien des Glaubens und der Wahrheit! Mitgliedschaft erfüllt vom heiligen Feuer der Idee!

Und so der Verband! Nicht von Nummern zusammengehalten, sondern durchglüht vom Glauben an höchstes Menschtum! Persönlichkeiten einer Liebe! Liebe aus Millionen Herzen freudig geschenkt!

Die Gemeinschaft der Zukunft hat ihre Wurzel in der freien Seele jedes ein-zelnen so, wie die Gewerkschaftsbeweg-ung zu solchem Ziele ihre Energien aus dem gewerkschaftlichen Menschtum jedes Mitglieds schöpft.

Wie froh und wie tief ist Leben?

Bis in welche Luftschichten hinauf können wir Leben beobachten und bis in welche Tiefen des Meeres hinunter? Erst neuerdings ist uns hierüber Näheres be-kanntgeworden.

Wie „Der Naturforscher“ berichtet, hat das Departement für Landwirtschaft in Amerika jetzt mit Hilfe eines besonders konstruierten Flugzeugs (mit Fangvor-richtung) versucht, Unterlagen über das Vorkommen von Insekten in den höheren Luftschichten zu erhalten. Dabei hat man gefunden, daß die kräftigeren Insekten bis zu 900 m hinauf in die Lüfte kommen. Kleinere und leichtere Insekten aber waren noch in einer Höhe von 4300 m zu finden. Auch ungeflügelte Insekten, die durch Luftströmungen in diese Höhen getragen wurden.

Demgegenüber berichtet das Biologi-sche Zentralblatt von pflanzlichen Lebe-wesen in einer Meerestiefe von 1200 m. Im Atlantischen Ozean aber wurden Meeresorganismen noch in einer Tiefe von 4000 m festgestellt.

Regelmäßige Bücherkontrollen müssen überall durchgeführt werden!

Aus dem Wörterbuch unserer Krankheiten

In buntem Wechsel fanden sich einst Deutsch, Latein und Griechisch zusam-men, um unsere heute geltenden Krank-heitsbezeichnungen zu schaf-fen. Aller-dings haben sich, besonders seit der Zeit des Humanismus, Latein und Griechisch gerade hier recht breitgemacht und man-ches deutsche Wort aus unserer Sprache verdrängt. Zum Beispiel hat schon in sehr früher Zeit das lateinische Wort febris, unser „Fieber“, der ursprüng-lichen deutschen Bezeichnung „Ritten“ völlig den Garaus gemacht. Gut deutsch ist dagegen unser „Schnupfen“, übrigens gleichen Stammes mit „Schnauze“ und „schnauben“, ebenso das „Geschwür“, das von „schwären“ herkommt; bei Les-sing hieß es noch „Geschwär“, bis sich die Nebenform Geschwür durchsetzte und nur das Hauptwort Schwär blieb. Die „Grippe“ stammt zwar in dieser Form aus dem Französischen, ist aber letzten Endes aus dem gotischen greipan, unserm „greifen“, „anpacken“ zu erklären. Die „Influenza“ dagegen ist rein lateinisch und bedeutet lediglich Ansteckung.

Wie jedes gesunde Lebewesen gegen einen eingedrungenen Fremdkörper kämpft, so ringt auch die Sprache mit dem Fremdwort. Kann sie es nicht los-werden, so rückt sie so lange daran herum, bis es wie ein deutsches Wort klingt oder aussieht. Ein Beispiel dafür ist das griechische Wort „Katarrh“, das „Herabfluß“ bedeutet. Es kam durch die Aerzte des 17. Jahrhunderts in Umlauf und verdrängte den einheimischen Na-men „dampfe“. Und was machte das Volk daraus? Den „Kater“, der seit etwa 1850 — wenn auch mit etwas andern Sinne — zu unserm Sprachgut gehört und nach altgermanischer Weise den Ton auf der ersten Silbe trägt, so daß die Endsilbe verkümmerte.

Eine einfache Uebertragung aus Farbe-rscheinungen liegt im „Scharlach“ vor, einem Worte persischen Ursprungs, sowie in der „Rose“ und den „Masern“; bei letzteren ist die Maserung des Holzes auf das Bild der Kinderkrankheit angewandt worden. Zu mißverständlichen Erklä-rungen hat der „Star“, die bekannte Augenkrankheit, Anlaß gegeben; sie hat nichts mit dem Vogel zu tun, sondern hängt mit unserm „starren“ zusammen.

Auch die Mythologie spielt in unsere Krankheiten hinein! So ist beim „Alp-drücken“ nicht an die Alpen zu denken, die einem etwa als Bergeslast auf der Brust liegen, sondern an den altgerma-nischen Glauben: ein böser Albe oder Elfe ängstigt den Schlafenden. Der griechische Traum- und Schlummergott Morpheus hat dem „Morphium“ den Na-men gegeben, die römische Liebesgöttin Venus den „venerischen“ Krankheiten.

Während ferner die „Ruhr“ ein gutes deutsches Wort ist und weiter nichts als „eilige Bewegung“ bedeutet (damit ver-wandt zum Beispiel „Aufruhr“), stammt die Bezeichnung für die asiatische Brech-ruhr, die „Cholera“, die zuerst 1831 in Europa auftrat, aus dem Griechischen. Das Wort bedeutet eigentlich „Gallen-sucht“ und findet sich teilweise in „Me-lancholie“ (wörtlich „Schwarzgalligkeit“) wieder. Wie Ruhr ist auch „Gicht“ ein deutsches Wort; es kommt von „gehen“, da die Krankheit in den Gliedern „um-geht“. Früher sagte man dafür „Fluß“ oder „Stickfluß“ im Sinne von ersticken-der Fluß. Die griechische Uebersetzung desBegriffs ergibt unsern „Rheumatismus“.

Einen interessanten Bedeutungswandel schließlich hat „nervös“ durchgemacht. Das zugrunde liegende lateinische Wort heißt eigentlich nur „Sehne“ und bezeich-net erst viel später unsere Nerven. Noch Lessing verwendet das Wort daher im Sinne von „kraftvoll“, während es seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhun-derts, wohl unter dem Einfluß des fran-zösischen nerveux, den heute üblichen Sinn annahm.

Dr. K. W.

Leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe

Nach unsern Ermittlungen ist die Erwerbslosigkeit der Verbandsmitglieder gegenüber dem Vormonat um etwas zurückgegangen. Immerhin waren Ende April noch rund 82 % der Verbandsmitglieder ohne Beschäftigung. Ueber die Frühjahrsentlastung des baugewerblichen Arbeitsmarkts berichtet der Reichs-Arbeitsmarkt-Anzeiger vom 10. Mai folgendes:

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe hat angehalten. Der Umfang dieses Rückgangs befriedigt nicht, sowohl im Vergleich mit der Vorberichtszeit wie insbesondere unter Berücksichtigung der Frühjahrsentlastung in den Vorjahren.

Das Angebot an Arbeitsuchenden verminderte sich nach vorläufigen Berechnungen (Vorberichtszeit in Klammern) um 60 106 (68 322) oder 6,8 % (7,2 %) und zwar um 46 899 (46 949) Fach- und 13 207 (21 373) Hilfsarbeiter, auf insgesamt 819 887 (879 903).

Von der Zeit des winterlichen Höchststandes der Arbeitslosigkeit (Ende Februar 1930: 799 182, Mitte März 1931: 916 532, Ende Februar 1932: 987 034 Arbeitsuchende) bis Ende April betrug der Rückgang der Arbeitsuchendenzahl im Jahre 1930 37,1 %, 1931: 24,8 % und 1932 nur 16,9 %. Die saisonmäßige Entlastung in den beiden Vorjahren war demnach erheblich stärker, obwohl sie von einer wesentlich geringeren Höchstzahl von Arbeitsuchenden ausging.

An der Art der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten hat sich kaum etwas geändert. Nach wie vor werden Neubauten nur wenig in Angriff genommen. Größtenteils handelt es sich dabei um Siedlungsbauten, also um Kleinhäuser und verhältnismäßig kurzfristige Beschäftigungen. Ostpreußen berichtet über zahlreiche Siedlungsbauten auf dem Lande, Schlesien über Siedlungsbauten u. a. in den Bezirken Steinau, Kreuzburg und Neustadt (O.-S.), Pommern über stärkere Beschäftigung (nur) in ländlichen Siedlungsbezirken und Nordmark über Anforderung einer größeren Zahl Facharbeiter für Siedlungsbauten in den Bezirken Schleswig und Waren. Ähnlich war in Bayern und im Rheinland die Bautätigkeit auf dem Lande erheblich reger als in Stadtbezirken. Westfalen erwartet von der Inangriffnahme der Stadtrand-siedlungen in naher Zukunft einige Hundert Einstellungen. In Sachsen sind 175 Doppelhäuser der vorstädtischen Kleinsiedlung im Bezirk Leipzig im Entstehen; das Landesarbeitsamt berichtet hierzu folgendes: „Da verhältnismäßig wenig Maurer siedeln, werden auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes Maurer geworben, um die Arbeiten zu beschleunigen. Für die Randsiedlung in Pirna wurden die benötigten Arbeitskräfte fast ausschließlich aus den Reihen der Siedler entnommen.“

In den pommerischen Badeorten, in denen in früheren Jahren in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten vor allem Maler bei Reparaturarbeiten gut beschäftigt waren, boten sich diesmal nur sehr geringe Beschäftigungsmöglichkeiten.

Nach Beobachtungen in Sachsen wurde ein ungünstiger Einfluß auf den Arbeitsmarkt durch den Ablauf der Lohnstarife (30. 4. 32) ausgeübt, der stellenweise zu zahlreichen Entlassungen geführt habe.

Das Tiefbaugewerbe brachte in Ostpreußen viele Arbeiten, zum Teil Notstandsarbeiten, in Gang. Im Rheinland hat sich der Beschäftigungsgrad im Straßenbau leicht belebt. In Bayern wurden zu Straßenausbesserungen vereinzelt in den Städten sowie von den Straßen- und Flußbauämtern (Wildbachverbauungen) Pflasterer eingestellt.

Verbandsnachrichten

Unsere Lohnbewegungen

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Chemnitz, Crimmitschau, Dresden, Glauchau, Görlitz, Gumbinnen, Güstrow, Hagenow, Hameln, Heilbronn, Itzehoe,

Leipzig, Luckenwalde, München, Oderberg, Ortelsburg, Plauen i. V., Rathenow, Rostock, Schönberg i. Mecklbg., Scherow i. Mecklbg., Stavenhagen, Tessin, Teterow, Warnemünde, Werdaun, Weißfels, Wilhelmshaven, Wismar, Wittenberge, Wittenburg, Wurzen, Zwenkau und Zwickau.

Zahlstellenberichte

Magdeburg. In der am 4. Mai abgehaltenen Versammlung gab Kamerad Köhler den Bericht von der unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Lichtenstein geführten Schlichterkammersitzung. Obwohl die Bauarbeiterlöhne durch die Notverordnung einen empfindlichen Lohnabbau erfahren haben, genügt dieses den Baugewaltigen nicht. Wenn selbst schon die Reichsregierung den Standpunkt einnimmt, daß infolge der zu hohen Bauarbeiterlöhne eine Belebung der Bauwirtschaft nicht eintreten könne, so sind die Lohnabbauforderungen der Unternehmer in der Spitze von 25 % erklärlich. Erst nach Angleichung der Bauarbeiterlöhne an die Industrielöhne glaubt man im Reichsarbeitsministerium für das Baugewerbe die Verbindlichkeit auszusprechen zu können. Im Plenum der Schlichterkammersitzung ließ der Schlichter die Vertreter der Parteien kaum zu Worte kommen, sondern führte mehrmals an, daß ihm die Wünsche der Parteien zur Genüge bekannt seien. Unter anderm ließ er verlauten, daß der Bauarbeiterschaft bei den hohen Preisen und Mieten ein weiterer Lohnabbau nicht zuzumuten sei. Trotzdem verhartete der Schlichter darauf, einen Spruch zu fällen, der Aussicht hätte, vom Reichsarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt zu werden. Nach achtstündiger Beratung fällte der Schlichter mit den Stimmen der Unternehmer einen Schiedsspruch, der in der Spitze für Magdeburg einen Lohnabbau von 16 % oder 15,2 % vorsieht. Trotz Anerkennung der bitteren Not der Bauarbeiterschaft hat der Schlichter den Lohnabbauforderungen der Unternehmer Rechnung getragen. In der Diskussion entschieden sich die Redner für die Ablehnung des Schiedsspruches und brachten zum Ausdruck, daß die Magdeburger Zimmerer für einen Stundenlohn von 89 % nicht arbeiten werden. Einstimmig wurde dieser Schandschiedsspruch von der Versammlung abgelehnt. Nach Ablauf der Erklärungsfrist werden die Zimmerer Magdeburgs erneut zu den Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer Stellung nehmen. In dem Bericht von der Zahlstellenversammlung wies Kamerad Ziemann besonders auf die Einführung des Verwaltungsbeitrages in Höhe von 5 % pro Woche ab 1. Mai hin. Seit langem hat sich dieser Beitrag notwendig gemacht und kommt in seiner ganzen Höhe den Unterkassierern für ihre Mühehaltung zugute. Unter Verbandsangelegenheiten erfolgte die Mitteilung, daß sich ab 1. Mai das Zahlstellen- sowie auch das Gaubüro Breiter Weg 134, 1. Etage, links, befindet.

Baugewerbliches

Bauunternehmer und freiwilliger Arbeitsdienst

Wie wir im „Baukurier“ lesen, haben der Rheinisch-Westfälische Baugewerbeverband e. V., Essen, und der Reichsverband industrieller Bauunternehmungen, Gruppe Rheinland-Westfalen, in einer gemeinsamen Eingabe an die Landesarbeitsämter, die Gemeinden und die öffentlich-rechtlichen Verbände in Rheinland und Westfalen gegen die mißbräuchliche Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes protestiert. In der Eingabe heißt es, daß ein großer Teil der Arbeiten, die üblicherweise dem freien Baugewerbe zufielen, im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt würden. In diesem Protest der Unternehmerverbände kommt ihre Zweiseelentheorie treffend zum Ausdruck. Auf der einen Seite verlangen die Kräfte, daß die „Faulenzer“, die vom Staat bezahlt werden müssen — damit meinen sie die Arbeitslosen —, irgendwie beschäftigt werden. Wir sind überzeugt, daß die Mehrzahl der baugewerblichen Unternehmer, in deren Auftrag die genannten

Verbände protestieren, Hitler-Anhänger sind oder wenigstens doch sehr stark mit der Partei sympathisieren, die die Arbeitsdienstpflicht einführen will. Gerade diese Unternehmer haben durchaus keinen Grund, gegen den freiwilligen Arbeitsdienst und seine Anwendung im Baugewerbe zu protestieren. Im „Dritten Reich“ wird das alles auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes erledigt werden, was heute noch an Arbeitsmöglichkeiten im Baugewerbe vorhanden ist. Wir halten den Protest der Unternehmer an sich für berechtigt, denn auch wir sind Gegner des freiwilligen Arbeitsdienstes. Jedoch sind die Unternehmer lediglich des Profits willen Gegner dieser Arbeitsmethode, die sie politisch durch ihre Sympathie für die Hitlerei fördern.

Rückgang der Bautätigkeit in Hessen

Nach den Erhebungen des Hessischen Landesstatistischen Amtes über die Bautätigkeit wurden im ersten Vierteljahr 1932 in den Gemeinden über 10 000 Einwohner 111 Neubauwohnungen (gegen 130 im gleichen Zeitraum des Vorjahres) fertiggestellt. Es wurden nur für 27 (575) Wohnungen Bauerlaubnisse erteilt. Mit dem Neubau wurde nur bei 25 (287) Wohnungen begonnen. Von 1927 bis 1929 entstanden in Hessen jährlich rund 7000 Neubauwohnungen, im Jahre 1930 noch 5175, 1931 nur noch 3072. Besonders zurückgegangen ist die Tätigkeit der gemeinnützigen Baugesellschaften, aber auch die öffentliche und die gewerbliche Bautätigkeit, diese um zwei Drittel des Vorjahres. Wie in allen Gebieten, so sieht es auch im hessischen Baugewerbe außerordentlich trostlos aus.

Für die Belebung der Bauwirtschaft

Die Lage der gesamten Bauwirtschaft ist so trostlos wie nie zuvor. Durch die Entziehung der öffentlichen Mittel wurde der Wohnungsbau gänzlich und durch die Kreditschwierigkeiten auch die gewerbliche und öffentliche Bautätigkeit völlig gedrosselt. Nun versuchen die Kreise, die in der Vergangenheit gar nicht müde wurden, gegen die staatliche Wohnungswirtschaft zu wettern, durch Kundgebungen auf den Staat einzuwirken, damit dieser durch Bereitstellung öffentlicher Mittel der Bauwirtschaft wieder auf die Strümpfe helfe.

Die in der „Baufront“ zusammengeschlossenen Verbände des Berliner Bauwesens sehen sich nunmehr veranlaßt, zu einer neuen Kundgebung aufzurufen, die am 20. Mai, 11 Uhr, bei Kroll stattfinden wird. Es werden sprechen: Herr Geh. Regierungsrat Dr. Syrup, Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Herr Bankdirektor E. Wildermuth, Vorstandsmitglied der Deutschen Bau- und Bodenbank, und Herr Reichstagsabgeordneter Zimmermeister Freidel.

Eine weitere Tagung ähnlicher Art soll einen Tag vorher in Berlin stattfinden. Die Deutsche Gesellschaft für Bauwesen und die Freie Deutsche Akademie des Städtebaues veranstalten aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Akademie und ihres Anschlusses an die Deutsche Gesellschaft für Bauwesen am 19. Mai im großen Saal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, Berlin, eine wissenschaftliche Tagung, deren Verhandlungsgegenstand das deutsche Siedlungsproblem und seine gesetzliche und organisatorische Regelung bildet. Es werden sprechen: Staatssekretär Krüger, Berlin, über „Das deutsche landwirtschaftliche Siedlungsproblem“, Baudirektor Dr. Ranck, Hamburg, über „Das städtische und vorstädtische Siedlungsproblem und die städtebauliche Gesetzgebung“, Stadtbaurat Dr. Erbs, Brandenburg, über „Stand und Ziel der vorstädtischen Kleinsiedlung“.

Gewerkschaftliches

August Quist gestorben

Am 10. Mai ist Kollege August Quist gestorben. Ein Menschenalter hat der verdiente Gewerkschaftskollege der Arbeiterbewegung gedient. Nach langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit in seiner Gewerkschaft wurde er am 1. De-

zember 1903 Geschäftsführer der Ortsverwaltung Kiel des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und am 15. August kam er als Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“ nach Stuttgart. Die Spaltung nach dem Kriege führte dazu, daß er im Jahre 1919 nicht wiedergewählt wurde. Mit dem 1. Januar 1920 trat er in die Redaktion des „Korrespondenzblattes“ der Gewerkschaften Deutschlands ein und war dann seit Oktober 1923 bis zu seinem ganz plötzlich erfolgten Tode als Angestellter des ADGB. tätig. Wir werden das Andenken dieses fleißigen und ruhigen Funktionärs stets in Ehren halten.

Das Ende des Verbandes der Kupferschmiede

Dem Verband der Kupferschmiede kann man nunmehr einen Nekrolog schreiben. Die 20. Generalversammlung dieses alten Berufsverbandes, die dieser Tage in Magdeburg stattfand, hat gegen eine starke Minderheit die Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband beschlossen. Bei einer Urabstimmung, die im Oktober 1930 stattfand, hatten die Gegner der Verschmelzung noch eine starke Mehrheit. Rund 44,6 % der Abstimmenden stimmten damals für die Verschmelzung, der Rest der Abstimmenden dagegen. Bei der Urabstimmung im Jahre 1922 stimmten nur 25,6 % für eine Verschmelzung. Inzwischen haben sich die Mitglieder einer Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband geneigter gezeigt. Der kleine, rund 6000 Mitglieder zählende Verband konnte sich in der sturmbelegten Zeit der katastrophalen Wirtschaftskrise nicht mehr halten. Hinzu kam, daß die Mitgliedschaft durch die mehr als ein Jahrzehnt währenden Verschmelzungsdiskussionen endlich die Nase voll hatten. So kann die Entscheidung des Verbandstages als der Abschluß eines Kampfes der Befürworter und der Gegner des Verschmelzungsgedankens angesehen werden, der die Aktionsfähigkeit des Verbandes zeitweilig sehr stark gehemmt hat.

Genossenschaftsbewegung

Appell

Daß der 24. April dieses Jahres, der mit seinen Landtagswahlen in den Ländern Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt, Hamburg zu den politischen Entscheidungstagen erster Ordnung zählte, auch für die 4 Millionen Mitgliederfamilien der deutschen Konsumgenossenschaften von weittragender Bedeutung war, weiß jeder, der die hysterischen Wutausbrüche der Hitler- und der Wirtschaftspartei, auch der Deutschnationalen im Reichstag und in den Länderparlamenten miterlebt hat. Und wenn den „Novemberbrechern“ gegenüber vom „Köpfe-rolle“ geschraubt wird, so gilt für die Konsumgenossenschaften die „Ausrottung“. Denn sie bilden nach nationalsozialistischer Prägung die wirtschaftliche Grundlage des „Marxismus“; außerdem steht die „jüdische Großfinanz“ hinter ihnen, und sie sind überhaupt die „Todfeinde des Mittelstandes“, der doch den genannten Parteien als Wahlfutter gedient haben.

Ist es nicht eine geradezu schamlose Wirtschaftsmoral, die wirtschaftliche Selbsthilfe der Verbraucher gerade in den Zeiten der Massenarbeitslosigkeit „ausrotten“ zu wollen?! Und wenn es gelänge, was würde es dem handeltreibenden Mittelstand nützen, zu den 28 Milliarden Mark Jahresumsatz noch weitere 1½ Milliarden zu erhalten bei gleichzeitig um 3 bis 4 Milliarden Mark sinkender Kaufkraft?! Was würde es den in hundert Arten vorhandenen und arbeitenden Handwerkern nützen, wenn infolge steigender Preise im Handel — denn dies kann ja nur der „Zweck der Übung“, das heißt der Ausrottung der Konsumgenossenschaften sein! — die Kaufkraft für Handwerkerzeugnisse vollends ganz zum Erliegen kommen würde?! Denn mit Ausnahme von 2 Handwerksarten haben die Handwerker nicht das allergeringste Interesse an der Ausrottung der Konsumgenossenschaften, son-

dem an der Erhaltung der Kaufkraft ihrer Mitglieder. Weshalb auch Hunderttausende von Handwerkern und Landwirten Mitglieder der Konsumgenossenschaften sind. Die Ersparnisse — Rückvergütungen auf den Warenumsatz — steigern die Kaufkraft der Mitglieder, also auch der Handwerker und Landwirte, und sie dienen dazu, neben der täglichen Nahrung auch Gebrauchsgegenstände des Handwerks einzukaufen, was sonst in den heutigen Zeiten nahezu unmöglich ist. Was dagegen die Nationalsozialisten dem Handel und Handwerk neben der Ausrottung der Konsumgenossenschaften sonst noch bieten, heißt Chaos und Bürgerkrieg, wobei bekanntlich das Wirtschaftsleben am besten „blüht und gedeiht“. Die vier Millionen Konsumvereinsfamilien bilden eine politische Macht — wenn sie wollen! Denn es stecken darin mindestens 10 Millionen Wähler. Sie zu aktivieren für den politischen Kampf kann schon aus gesetzlichen Gründen nicht Aufgabe der Konsumgenossenschaften selbst sein. Um so mehr müssen die Körperschaften der Eisernen Front — Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Beamtenorganisationen, Arbeitersport- und Kulturvereine — systematisch in den Kreisen der Konsumvereinsmitglieder werben, um deren 10 Millionen Wähler restlos zur Niederwerfung der Bürgerkriegshorden und wirtschaftsreaktionären Parteien am 24. April zu gewinnen. Die Konsumvereinsmitglieder müssen wissen, was auch für sie auf dem Spiele steht, wenn die Länderparlamente eine konsumvereinsfeindliche Mehrheit aufweisen: Eine steuerliche Drangsalierung, die zur Ausrottung führt und damit den Weg freimacht für eine willkürliche Steigerung aller Lebensmittelpreise, mit der eine Senkung des Realeinkommens um 15 bis 20 % unweigerlich verbunden wäre. Eine Perspektive allerdings, die nicht nur die Konsumvereinsmitglieder berührt, sondern vornehmlich die gesamten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilien. So kann und muß es auch hier nur heißen: Nieder mit den Konsumvereinsfeinden! Und dieser Appell gilt für alle Verbraucher.

Sozialpolitisches

Fahrpreisermäßigung

Um den Arbeitslosen die Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen zu erleichtern, hat sich die Deutsche Reichsbahngesellschaft bereit erklärt, in Zukunft den Anträgen der Arbeitsämter auf Gewährung von Rückfahrkarten für die Teilnehmer an solchen Lehrgängen für Arbeitslose zu entsprechen, die von den Arbeitsämtern auf Grund des § 137 AVAVG. eingerichtet sind. Die Teilnehmer an diesen Lehrgängen, die die Fahrpreisermäßigung für Schüler-Rückfahrkarten in Anspruch nehmen wollen, haben den Fahrkartenausgaben der Deutschen Reichsbahngesellschaft einen ordnungsmäßig in allen Teilen ausgefüllten „Antrag auf Fahrpreisermäßigung für Schüler-Rückfahrkarten“ vorzulegen. Auf dem Antrag ist vom Arbeitsamt folgender Vermerk anzubringen: „Genehmigt durch Verfügung der Reichsbahndirektion Berlin vom 18. April 1932.“ Die Antragsvordrucke können bei den Fahrkartenausgaben zum Preise von 1,3 das Stück käuflich erworben werden.

Achtet auf den Ablauf der Invalidenkarte!

Jeder erwerbslose Kamerad achte darauf, daß seine Invalidenkarte nicht verfällt. Spätestens zwei Jahre nach dem Tage der Ausstellung muß dieselbe erneuert werden, sonst gehen sämtliche geleisteten Beiträge verloren. Jede Karte, die eingetauscht wird, muß mindestens zwanzig Beitragsmarken enthalten. Ist der Erwerbslose beim Ablauf der Karte noch im Unterstützungsbezug beim Arbeitsamt, so kann dieses für Erfüllung der Pflichtbeiträge eintreten, andernfalls ist die Wohlfahrtsbehörde zuständig.

Wirtschaftspolitisches

Gewaltige Einkommenverluste der Lohn- und Gehaltsempfänger

Das Einkommen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland betrug im 1. Vierteljahr 1932 nach Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung 6½ Milliarden Mark. Der Einkommenverlust wird um ein Viertel geringer sein als im 1. Vierteljahr 1931. Gegenüber dem Höhepunkt des Arbeitseinkommens im 3. Vierteljahr 1929 mit 11,3 Milliarden Mark wird das Arbeitseinkommen in den ersten Monaten dieses Jahres um 42 % auf 58 % sinken. Diese Zahlen sind erschreckend. Man merkt es an allen Ecken und Enden: die Verelendung der Arbeiterklasse Deutschlands schreitet in riesigem Umfange fort. Es wird darüber gestritten, ob der Einkommensrückgang die Krise verschärft oder umgekehrt. Kein Zweifel darf aber darüber bestehen, daß das ganze Wirtschaftsleben in eine Stockung geraten muß, wenn der größte Teil der deutschen Bevölkerung, die Lohn- und Gehaltsempfänger, in ihrer Kaufkraft derartig geschwächt werden. Man fragt sich nur, was werden wird, wenn es in diesem Tempo so weitergeht. Bessert sich das Einkommen nicht wesentlich, so dürfte der Einkommenverlust im Jahre 1932 gegenüber 1929 etwa 20 Milliarden Mark betragen. Die Arbeitslosigkeit würde gering oder ganz verschwunden sein, wenn die fehlenden 20 Milliarden Mark als Kaufkraft auf dem Warenmarkt in Erscheinung treten könnten. Was die Gewerkschaften seit Jahren fordern: Einhalt der Lohn- und Gehaltsverluste und Aufbau der inländischen Kaufkraft, ist der einzige Weg zur wirtschaftlichen Gesundung.

Die einzige richtige Verwendung von überflüssigem Kaffee

„Wie verlautet, hat die brasilianische Regierung Oesterreich ein Angebot auf kostenlose Lieferung von Brasilkaffee zur Verteilung an die Erwerbslosen in Oesterreich gemacht, unter der Bedingung, daß ein Einfuhrzoll für diesen Kaffee nicht erhoben wird. Es ist dies einer der neueren Versuche Brasiliens, die sonst zur Vernichtung kommenden Kaffees zu Propagandazwecken auszunutzen. Jedoch haben die österreichischen Kaffee-Importeure gegen dieses Projekt lebhaften Einspruch erhoben.“

Diese Notiz finden wir in der „Kateka-Zeitung“. Das Vorgehen der brasilianischen Regierung, Kaffee den europäischen Erwerbslosen gratis zur Verfügung zu stellen, ist sicher begrüßenswert, besser jedenfalls, als ihn ins Meer zu schütten oder zu verbrennen. Ob diese Tat als Werbungsmaßnahme gedacht war, ist völlig gleichgültig. Die Kaffee-Importeure in Oesterreich haben sich sofort gegen dieses Geschenk gewandt. Die Privatinteressen einiger Importeure können aber nicht maßgebend sein. Jedenfalls begrüßen wir das Vorgehen Brasiliens. Wenn alle auf den Stapelplätzen der Welt lagernden Lebens- und Genußmittel den Erwerbslosen geschenkt würden, dann würde damit ein vielfacher Zweck erreicht: die Lage der Arbeitslosen würde gehoben, hochwertige Waren würden vor der Vernichtung geschützt, und die großen Vorräte ständen nicht mehr als drohendes Gespenst im Hintergrund. Jeder Anfang, die Weltvorräte an Lebensmitteln auf diese Art zu verringern, muß begrüßt werden.

Weitere Entlastung des Arbeitsmarkts

In der zweiten Aprilhälfte nahm die Zahl der deutschen Arbeitslosen um 197 000 ab. Ende April waren noch 5 737 000 Arbeitslose vorhanden. Im Monat April hat sich die Arbeitslosigkeit um rund 300 000 vermindert. Die Entlastung des Arbeitsmarkts schreitet nur in langsamem Tempo fort. Sie erfolgt in erster Linie durch die Belebung der Saisonberufe. Die sogenannten Konjunkturberufe hatten fast gar keine Entlastung, im Gegenteil wurden noch Arbeitskräfte abgestoßen. Wenn auch angenommen werden kann, daß die Arbeitslosigkeit

im Mai und Juni sich noch weiter vermindert, so muß doch mit einer außergewöhnlich hohen Zahl von Arbeitslosen gerechnet werden. Eine selbsttätige Verminderung der Arbeitslosigkeit auf weniger als 5 Millionen wird kaum in Erscheinung treten. Die künstliche Arbeitsbeschaffung gewinnt deshalb immer mehr an Bedeutung. 5 Millionen Arbeitslose im Sommer lassen die Gefahr erkennen, die der deutschen Wirtschaft im Herbst und Winter droht. Noch ein Winter mit mehr als 6 Millionen Arbeitslosen ist auch eine Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung. Die zusätzliche Arbeitsbeschaffung ist ein dringendes Gebot.

Die Beschäftigung der deutschen Industrie

Die übliche Saisonbelebung ist in einer großen Reihe von Industrien fast ganz ausgeblieben. Nach den Feststellungen des Konjunkturinstitutes betrug die Arbeiterplatzkapazität im März 41,1 %. Die Zahl der geleisteten Stunden hat sich von 34,4 auf 34,9 % der Arbeiterstundenkapazität erhöht. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit betrug im März 6,90 Stunden gegen 6,76 im Februar. Die Besserung in den Verbrauchsgüterindustrien vermochte den Rückgang in den übrigen Industriezweigen kaum auszugleichen. Deshalb die geringe Entlastung des Arbeitsmarktes.

Arbeiterversicherung

Wegfall der Unfallrenten

Laut Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sind die niedrigen Unfallrenten in Wegfall gekommen. Es herrscht über diese Neuerung in den Kreisen der Versicherten noch mancherlei Unklarheit, so daß es notwendig erscheint, auf sie einmal zusammenhängend einzugehen.

Der Wegfall dieser Renten ist in zweierlei Weisen vorgesehen. Einmal werden Renten dann überhaupt nicht mehr gewährt, wenn die Erwerbsfähigkeit des Verletzten infolge des Unfalls um weniger als ein Fünftel gemindert ist. Es heißt dies, daß in Zukunft Renten von weniger als 20 % nicht mehr gewährt werden. Diese Vorschrift gilt für alle Unfälle, die sich nach der Verkündung dieser Notverordnung, also nach dem 9. Dezember 1931 ereignen. Neben dieser Grundregel gilt jedoch die Vorschrift, daß die Rente dann gewährt wird, wenn der Verletzte auf Grund eines früheren Unfalles Anspruch auf eine Rente oder auf Krankengeld hat, wenn also der Versicherte mehrere Unfälle erlitten hat. Auch in diesen Fällen gilt eine neue Vorschrift, die besagt, daß die Rente dann wegfällt, wenn insgesamt die Renten zusammen niedriger als 25 % find. Ist der Versicherte wegen eines früheren Unfalles abgefunden worden, so erhält er die Neurente wegen des neuen Unfalls, und zwar dann, wenn die frühere Rente, wegen der die Abfindung erfolgt ist, mehr als ein Viertel der Vollrente betragen hat. Darüber hinaus bestimmt ein weiterer Paragraph der Notverordnung folgendes: „Hat ein Verletzter infolge eines Unfalles zwei Jahre lang Rente von 20 % der Vollrente bezogen, so fällt sie weg. Die Verunfallten also, denen eine Rente von genau 20 % der Vollrente zugesprochen worden ist, erhalten diese nur auf die Dauer von zwei Jahren, dann fällt sie weg. Diese Vorschrift gilt dann nicht, solange der Verletzte auf Grund eines andern Unfalles Anspruch auf Rente oder Krankengeld aus der Unfallversicherung hat, oder wenn er wegen einer Verletztenrente von mehr als einem Viertel der Vollrente abgefunden worden ist. Die Vorschrift des Wegfalls von Renten von 20 % gilt vom 1. Januar 1932 an, jedoch mit der Auswirkung, daß auch alle früheren Unfälle davon betroffen werden. Hat demnach ein Verunfallter seit mehr als zwei Jahren eine Rente von 20 % bezogen, so fällt diese vom 1. Januar 1932 an weg.“ Zu dieser neuen Vorschrift ist ein Erlaß des Reichsarbeitsministers unterm 24. Dezember 1931 ergangen. In diesem heißt es: „Nach der Vorschrift der Notverordnung vom 8. Dezember 1931

fällt die Rente von 20 % erst dann weg, wenn sie zwei Jahre lang ohne Unterbrechung in dieser Höhe gewährt ist. Nach vorübergehender Erhöhung der Rente beginnt die Zwei-Jahres-Frist neu zu laufen von dem Zeitpunkt an, von dem an die Rente von 20 % wieder gewährt wird.“ Hierzu heißt es erläuternd: Eine Verletztenrente von 20 % der Vollrente fällt nach der Notverordnung weg, wenn sie dem Verletzten zwei Jahre gewährt worden ist. Würde die Zeit einer vorübergehenden Gewährung einer höheren Rente in die zweijährige Frist einzubeziehen sein, so hätte dies in der Notverordnung besonders zum Ausdruck gebracht werden müssen. Das ist nicht geschehen.

Diese beiden Möglichkeiten des Rentenentzuges schließen jedoch nicht ohne weiteres den dauernden Verlust der Rente ein. Die Rente kann gegebenenfalls wieder neu gewährt werden. Es heißt hierzu: „Ist die Rente weggefallen, so ist der Anspruch auf Wiedergewährung nur begründet, solange die Erwerbsfähigkeit des Verletzten infolge einer wesentlichen Verschlimmerung der Unfallfolge für länger als drei Monate um mehr als ein Viertel gemindert ist.“ Hiernach hat also der Verletzte wieder Anspruch auf Rente, wenn er länger als drei Monate um mehr als 25 % in seiner Erwerbsfähigkeit durch die Unfallfolgen beschränkt ist. Den Nachweis hierüber muß der Verletzte tragen. Er hat auch selbst seine Ansprüche bei der zuständigen Berufsgenossenschaft anzumelden.

Zu diesen Bestimmungen über die Rentenentziehung hat der Reichsarbeitsminister unterm 31. Dezember 1931 einen besonderen Erlaß veröffentlicht, in dem es am Schlusse heißt: „Ein Wegfall von Renten von weniger als 20 % der Vollrente tritt also zum 31. Dezember 1931 nicht ein, wenn der Verletzte zu diesem Zeitpunkt mehrere Renten aus der Unfallversicherung bezieht, deren Hundertsätze zusammen die Zahl 25 erreichen oder überschreiten, oder wenn er wegen einer Rente von mehr als 25 % abgefunden worden ist. Dabei kommt es nicht darauf an, in welcher Reihenfolge die verschiedenen Verletztenrenten bewilligt worden sind.“ Aus all diesen Vorschriften ist ersichtlich, daß ein Wegfall oder eine Nichtgewährung von niedrigen Renten dann nicht stattfindet oder wenigstens nur unter erschwerenden Umständen stattfinden kann, wenn der Versicherte auf Grund früherer Beschädigungen bereits Renten bezieht beziehungsweise abgefunden worden ist. Zu dieser Frage enthält eine „Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über Sozialversicherung in der 4. Notverordnung“ vom 30. Januar 1932 noch folgende Ausführungsbestimmungen: „Verletztenrenten auf Grund eines früheren (andern Unfalls) stehen gleich: Geschädigtenrenten nach dem Reichsversorgungsgesetz, Altrentnergesezte, dem Kriegspersonenschädengesetze, dem Wehrmachtsversorgungsgesetze, den früheren Militärversorgungsgesetzen, dem Reichsgesetze über die Schutzpolizei der Länder und dem Reichsgesetze über die Versorgung der Polizeibeamten beim Reichswasserschutz. Verletztenrenten, deren Zahlung an die Empfänger der in Satz 1 bezeichneten Beschädigtenrenten vor Erlaß dieser Verordnung eingestellt worden ist, sind auf Antrag wieder zu gewähren. Wird der Antrag erst nach dem 1. April 1932 gestellt, so beginnt die Rente mit dem 1. Tage des Monats, der auf den Antragsmonat fällt. Der Abfindung wegen einer Verletztenrente von mehr als einem Viertel der Vollrente steht die Abfindung wegen mehrerer Verletztenrenten gleich, deren Hundertsätze zusammen die Zahl 30 erreichen.“

Diese Verordnung bringt demnach für die Versicherten eine Erleichterung. Die Entziehung der Unfallrente wird nach ihr auch dann erschwert, wenn der Versicherte auf Grund anderer Gesetze Rentenempfänger ist. Diese Ausführungen zeigen, wie schwer und verwickelt das ganze Problem ist. Besonders drastisch und einschneidend wirkt noch die Tatsache, daß die Renten von Amts wegen zu entziehen sind, und daß es nicht einmal dem Versicherten möglich ist, ein Rechtsmittel gegen die Entziehung einzu-

legen. Die Versicherungsträger sind nur dann verpflichtet, einen berufungsfähigen Bescheid zu erteilen, wenn streitig ist, ob dem Wegfall der Rente der Bezug einer andern Verletztenrente aus der Unfallversicherung oder von Krankengeld entgegensteht, oder wenn es die Aufsichtsbehörde verlangt. K1—s.

Arbeitsrechtliches

Fristlose Entlassung von Lehrlingen bei Konkurs- und Vergleichsverfahren

Im § 22 der Konkursordnung wird bestimmt, daß ein Dienstverhältnis von jedem Teil (Konkursverwalter und Arbeiter) gekündigt werden kann. Die Kündigungsfrist ist, falls nicht eine kürzere Frist bedungen war, die gesetzliche (also bei gewerblichen Arbeitern gemäß § 122 der Gewerbeordnung eine 14tägige Frist, oder auf Grund eines Tarifvertrags, einer Arbeitsordnung beziehungsweise eines Arbeitsvertrags die hiernach maßgebende Frist, wenn sie kürzer ist als die vorgenannte gesetzliche Frist). Kündigt der Konkursverwalter, so ist der Arbeiter berechtigt, Ersatz des ihm durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens zu verlangen (was für Arbeiter nur in Betracht kommt, wenn sie vertraglich eine längere als die gesetzliche Kündigungsfrist von 14 Tagen hatten). Der etwaige Anspruch auf Schadenersatz ist zur Konkursstabelle anzumelden, er ist eine gewöhnliche Konkursforderung, der Schadenersatzanspruch wird aus der Konkursmasse erfüllt, soweit und wieviel hiernach zur Ausschüttung kommt. Der Schadenersatzanspruch ist also meist überhaupt nicht oder nur zu einem geringen Teil zu realisieren, wenn, was die Regel ist, keine oder nur eine geringe Masse zur Ausschüttung kommt. Der Anspruch auf den Lohn während der Dauer der Kündigungsfrist ist dagegen Massenforderung und gemäß § 59 der Konkursordnung vorweg aus der Masse bei Fälligkeit der Lohnforderung, also in der Regel wöchentlich am Lohnzahlungstage zu erfüllen, und zwar auch dann, wenn während der Dauer der Kündigungsfrist in dem Betriebe nicht mehr gearbeitet wird. (Siehe wegen aller Einzelheiten die ausführliche Darstellung in der „Arbeitsrechts-Praxis“, Jahrgang 1932, Seite 65ff.)

Soweit das Konkursverfahren nicht wegen Mangel an Masse eingestellt wird und der Arbeitgeber seinen Betrieb wieder weiterführen kann, kommt infolge eines Konkursverfahrens der Betrieb früher oder später zur Auflösung oder er wird aus der Masse von einem neuen Arbeitgeber übernommen, jedenfalls ist dann seine Weiterführung durch den bisherigen Arbeitgeber ausgeschlossen. Rechtsansprüche gegen den Uebernehmer des Betriebes als dem neuen Arbeitgeber bestehen nur dann, wenn dieser die Arbeitsverträge stillschweigend durch Weiterbeschäftigung oder auf Grund einer mündlichen oder schriftlichen Vereinbarung mit den Arbeitern übernommen hat.

Im Gegensatz zur Konkursordnung will die Vergleichsordnung, wie diese in ihrer Bezeichnung bereits zum Ausdruck bringt, den Konkurs abwenden, also den Bestand des Betriebs auf neuer finanzieller Grundlage möglichst erhalten. §§ 28 bis 30 der Vergleichsordnung bestimmen, daß mit Ermächtigung des Gerichts auch Arbeitsverträge ohne Rücksicht auf eine vereinbarte Vertragsdauer unter Einhaltung der gesetzlichen Frist gekündigt werden können. Der so gekündigte Arbeiter kann Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen. Er ist mit dem Ersatzanspruch an dem Vergleichsverfahren beteiligt und wird von dem Verfahren betroffen. Mit dem Lohn für die Dauer der Kündigungsfrist ist es ebenso wie im Konkursverfahren nicht beteiligt, er ist wie immer bei Fälligkeit, also am wöchentlichen Lohnzahlungstage auszuzahlen.

(Schluß folgt.)

Politische Wochenschau

Aus dem Reichstag — Rücktritt des Reichswehrministers Groener — Die Nazi-Abgeordneten vor dem Schnellgericht — Hessischer Landtag aufgelöst — Der Ausgang der französischen Wahlen

Die letzte Sitzungsperiode des Reichstags hatte ruhige und stürmische Stunden aufzuweisen. Ruhig verlief nur der erste Tag. Selbst die notorischen Stänker der Nazis verhielten sich ruhig. Dafür tobten sie um so mehr an den folgenden Tagen. Der Fememörder Heines, Dr. Goebbels und Strasser an der Spitze gebärdeten sich wie die Wilden. Mit Fäusten und gemeinen Verleumdungen wollten sie sich durchsetzen. Alles half nichts, die Vernunft hat gesiegt. Alle Mißtrauensanträge gegen Regierung und der einzelnen Minister wurden mit 287 gegen 257 Stimmen abgelehnt. Die Kommunisten stimmten treu und brav wie sie immer sind mit den Nazis und Deutschnationalen. Nach unerhörten Tumult- und Skandal-szenen wurde der Reichstag vertagt. Die nächste Sitzung findet wahrscheinlich am 6. Juni statt.

Reichswehrminister Groener hat beim Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Die Leitung des Reichsinnenministeriums, das ihm ebenfalls im Oktober 1931 übertragen wurde, will er beibehalten. Groener begründet seinen Rücktritt damit, daß er die ihm übertragene Aufgabe, die Reichsautorität durch Zusammenfassung aller Machtmittel des Reiches in der besonders schwierigen Zeit des Winters zu sichern, als erfüllt ansehe. Die weitere Leitung beider Ministerien würde seine Kräfte übermäßig in Anspruch nehmen. Außerdem sei die gleichzeitige Verwaltung eines ausgesprochen politischen Ministeriums wie des Reichsministeriums des Innern durch den Reichswehrminister mit dem unpolitischen und überparteilichen Charakter der Reichswehr auf die Dauer nicht zu vereinbaren. Da er im Reichsinnenministerium eine verantwortungsvolle Aufgabe in Angriff genommen habe, deren Durchführung ihm besonders am Herzen liege, wolle er in der Lage sein, in Zukunft seine ganze Arbeitskraft diesem Ministerium zu widmen.

Die Begründung wird stark angezweifelt, daß sie die wahre Ursache sei, sondern der Rücktritt ist von der Offiziers-Kamarilla erzwungen worden. Es wird sogar behauptet, daß hohe Offiziere der Reichswehr und der Reichsmarine erklärt haben, Groener besitze nicht mehr das Vertrauen der Wehrmacht. Die Verseuchung der Führer in der Wehrmacht im Sinne der schwärzesten Reaktion ist also schon in ein sehr bedrohliches Stadium geraten.

Den Anlaß zum vorzeitigen Abschluß der letzten Sitzungsperiode des Reichstags gaben zwei gemeine Ueberfälle der Nationalsozialisten auf den Journalisten Dr. Klotz. Die Nazis besaßen die Frechheit und überfielen den Journalisten Klotz mit vier Mann in den Wandelgängen des Reichstags und verletzten ihn schwer. Die nachweislich an der Schlägerei beteiligten nationalsozialistischen Abgeordneten Heines, Weitzel und Stegmann wurden auf der Stelle verhaftet und dem Schnellrichter zugeführt. In der Verhandlung vor dem Schnellgericht wurden erst richtig Einzelheiten dieser abscheulichen Tat bekannt. So wurde von Zeugen ausgesagt, daß etwa 50 bis 60 Nationalsozialisten Dr. Klotz umringten und ihn als Schweinehund und sonstigen populären Ausdrücken der Nazis beschimpften. Die drei namhaft gemachten Nationalsozialisten hatten damit noch nicht genug und sind tätlich gegen Klotz vorgegangen. Der Oberstaatsanwalt bezeichnete das Vorgehen der Nazis als eine ganz gemeine Tat, und diese hinterlistige Handlungsweise könnte nur durch eine schwere Strafe verübt werden. Das Gericht verurteilte die drei Nationalsozialisten zu je 3 Monaten Gefängnis.

Der Hessische Landtag ist vom Staatsgerichtshof für aufgelöst erklärt worden. Was den mehrfachen Auflösungsanträgen der Nazis und Kommunisten nicht gelungen war, wurde erreicht durch einen Einspruch der hessischen Wirtschaftspartei, die sich wegen Nichtzulassung ihres Wahlvorschlages durch den Wahlprüfungsausschuß benachteiligt fühlte. Die Nichtzulassung des wirtschaftsparteilichen Vorschlags war erfolgt, weil 54 von 500 erforderlichen Unterschriften ungültig waren. Durch die Ablehnung dieses Wahlvorschlages seien wesentliche Vorschriften des Wahlverfahrens vom Wahlprüfungsausschuß unberücksichtigt geblieben. Mit diesem Beschluß des Staatsgerichtshofes gilt der Landtag als aufgelöst. Nach der Verfassung müssen innerhalb zwei Monaten, das wäre spätestens am 3. Juli, Neuwahlen stattfinden.

Die Wahlen zur französischen Kammer brachten einen gewaltigen Sieg der Linken über den rechten Flügel und der bisherigen Regierungsmehrheit. Die Sozialisten konnten ihre Mandate um 18 auf 130 und die Radikale Partei unter Führung Herriot von 109 auf 157 Abgeordnete erhöhen. Mit noch einigen kleineren Linksparteien sind sie die stärkste Gruppe in der neuen Kammer. — Einen Tag vor dem zweiten Wahlgang fiel der französische Staatspräsident Doumer einem Attentat, das ein russischer Faschist ausführte, zum Opfer. Diese gemeine Tat wurde von der ganzen Welt auf das tiefste bedauert. Als Nachfolger wurde der bisherige Präsident des französischen Senats, Lebrun, gewählt.

Briefkasten der Redaktion

Trebnitz, E. G. Eine umfassende Darstellung über die Arbeitsmarktlage im Jahre 1931 findest Du in dem in nächster Zeit herausgegebenen Jahrbuch unseres Verbandes.

Danzig-Hafen. Die Warenausfuhr des Deutschen Reiches belief sich 1931 auf 7,777 Milliarden Mark. Davon gingen nach England für 1133, den Niederlanden 954, Frankreich 834, Rußland 762, der Schweiz 541, USA. 487, Belgien 463, Schweden 424 und der Tschechoslowakei 423 Millionen Mark. Der Hauptexport Deutschlands geht also nach angrenzenden und benachbarten Ländern.

Warnemünde. Der Mieter ist für die Schäden haftbar, die durch die Lagerung von schwammhaltigem Holz in Gebäuden entstehen. Der Vermieter kann die Entfernung dieses Holzes auf Kosten des Mieters verlangen. Das Amtsgericht ist für Klagen dieser Art zuständig.

Schönlanke, O. Z. Der sechste Bezugschein für verbilligtes Fleisch hat eine Gültigkeitsdauer vom 9. Mai bis 4. Juni. Der siebente Bezugschein umfaßt die Zeit vom 6. Juni bis 2. Juli 1932. Die Abgabe erfolgt an alle, die auch bisher schon zugelassen waren. Einen Bezugschein mehr erhalten diejenigen Arbeitslosen, die an unentgeltlicher Mitarbeit an der Errichtung ihrer Kleinsiedlerstellen beschäftigt sind.

Literarisches

Mit Kamera und Schreibmaschine durch Europa. Von Erich Grisar. Bilder und Berichte. Mit etwa 100 photographischen Aufnahmen in Kupfertiefdruck. 136 Seiten. Halbleinen. Buchausstattung von Jan Tschichold. Verlag: „Der Bücherkreis G. m. b. H.“, Berlin SW 61, 1932. Preis 4.30 Mk. (respektive 8.60 österr. Sch., 35,— tschech. KC.). Mit Kamera und Schreibmaschine ist Erich Grisar durch Europa gewandert, und er ist mit offenen Augen durch die Quartiere der Arbeiter gegangen. Das Leben der Arbeiter in Lodz und in London, in Marseille und in Venedig interessierte ihn mehr als die berühmten Bauten, von denen sonst die aus dem Ausland Heimkehrenden schwärmen. Grisar hat mit den Arbeitern in Belgien und Polen, in Holland und Barcelona gelebt und von ihnen erfahren, daß in allen Ländern das Los der Arbeiter das gleiche ist. Durch besondere Abmachungen mit dem Verlag kann ausnahmsweise jugendlichen Mitgliedern und Lehrlingen der Jugendgruppen der Gewerkschaften das reich illustrierte und wertvolle Buch zu einem verbilligten Preise geliefert werden. Das Buch ist für diese zu einem Ausnahmepreise von 2.70 Mk. statt von 4.30 Mk. über die Vertriebsstellen und Organisationsleitungen oder gegen Vorzeigung der Mitgliedsbücher bei allen Zahlstellen des Bücherkreises zu beziehen. Wir bitten unsere jugendlichen Mitglieder, von diesem Sonderangebot regen Gebrauch zu machen.

Das Erfurter Rechtschreibprogramm. 10 Punkte zur Reform unserer Rechtschreibung. Beschlossen Ende August 1931 vom 7. Vertretertag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibrundstraße 5. Ladenpreis 30 Pf. Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker hat sich ein großes Verdienst um die von vielen Volks- und Berufsgenossen geforderte Rechtschreibreform erworben. Dem immer stärker auftretenden Verlangen nach Richtlinien konnte er sich um so weniger entziehen, als besonders von Lehrervereinen, aber auch von einzelnen Personen in Büchern und Versammlungen solche Richtlinien schon aufgestellt waren, die an Buntscheckigkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Hier tat es wirklich not, daß die Bildungsorganisation des Buchdrucker-gewerbes, die die organische Fortbildung der Berufsgenossen auf ihre Fahne geschrieben hat, einmal ein entscheidendes Wort sprach. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war der Vortrag des Schriftleiters des „Sprachwart“ über das Thema „Buchdrucker und Rechtschreibung“. Es ist zu empfehlen, diese Erläuterung zu lesen. Sie bietet so viel Interessantes für alle, so daß wir hoffen, daß dieses billige Schriftchen dazu beitragen möge, daß die vereinten Bemühungen die so dringend notwendige Reform zu einer Sache des Volkes machen.

Anzeigen

Sterbetafel

- Aschaffenburg.** Am 1. Mai starb unser Kamerad **Franz Welzenbach** im Alter von 45 Jahren an Lungenleiden.
- Berlin.** Am 4. Mai starb unser Kamerad **Karl Freitag** im Alter von 62 Jahren an Herzschwäche.
- Brieg.** Am 6. Mai starb unser Kamerad **Rudolf Kaudasch** im Alter von 35 Jahren infolge eines Motorradunfalles.
- Mannheim.** Am 8. Mai starb unser Kamerad **Johann Rink** im Alter von 55 Jahren an Auszehrung.
- Sternberg i. M.** Am 23. April starb unser Kamerad **Albert Dreier** im Alter von 48 Jahren an Nierenleiden.
- Stettin.** Am 6. Mai starb unser Kamerad **Ferdinand Löffelbein** im Alter von 81 Jahren an Herzschlag.
- Winsen (Luhe).** Am 10. Mai starb unser Kamerad **Anton Hestermann** im Alter von 52 Jahren.
- Zwickau.** Am 26. April starb unser Kamerad **Alfred Brunner** im Alter von 19 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Mit 1 RM.

können Sie durch Zusammenspiel an den höchsten Lotteriegewinnen teilhaben. Kostenlose Auskunft Spiel-Gemeinschaft, Berlin W 57, Dennewitzstr. 2.

Ein Inserat bringt immer Erfolg!

Inseriert im „Zimmerer“!

MANN
TRAU

PREISABBAU!
Hygienische Artikel
Liste 24, frei und direkt
durch VOGELSAANG
Berlin/Bernburger Str. 14

Ich helfe Dir

Gummi, Tropfen, Tee,
Preisbroschüre durch:
Wohlleben & Weber
G. m. b. H., Berlin W 30, Z 10

Berufs-, Wander- und Sportbekleidung

in Samt, Manchester, Leder und Pilot.
Werkzeuge und Teakholz-Wasserwaagen,
Schlapphüte, Isländer. Preisliste gratis.
Mechanische Kleiderfabrik.

Welt-Versandhaus
Fritz Ulrich

Altona/Elbe 12, Gustavstraße 58/60

Hobelbänke 60 RM.

2 m lang, Stahlspindel, komplett, la Qualität.
Blatt la gediegene Rotbuche, Garantie.

Werkzeuge

Abbildung und Preisliste gratis.
Karl Ramisch, Plina a. d. Elbe.



Kauft Klüft und Kelle
vom **Arthur Capelle**

Spezialfabr. f. Bauhandw.-Ausrüstung
Berlin N. 54, Alte Schönhauserstraße 54
Preis: gratis. - 2. Gesch.: Dircksenstr. 2

